

Fritz Plasser / Peter A. Ulram

Parteien ohne Stammwähler?

Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens

Gliederung

- I. Der traditionelle Raum der österreichischen Parteienkonkurrenz
- II. Der neue politische Wettbewerbsraum
- III. Zerfall traditioneller Parteibindungen und erhöhte Volatilität
- IV. Traditionelle Determinanten des Wahlverhaltens: Konstanz bei abnehmender Relevanz
- V. Erosion des klassengebundenen Wählens und neue sektorale Cleavages
- VI. Geschlechts- und generationsspezifische Neuformierung des Wahlverhaltens
- VII. Szenarien des Parteienwettbewerbs

Das Ergebnis der Nationalratswahl 1999 markiert nicht nur den definitiven Übergang zu einem tripolaren System von drei annähernd gleich starken Parteien SPÖ, FPÖ und ÖVP wie der Partei der Grünen am links-alternativen Spektrum des Parteienwettbewerbs, sondern setzte eine innen- und außenpolitische Kettenreaktion in Gang, deren Dramatik in der neueren politischen Geschichte Österreichs ohne Beispiel ist. Für innenpolitische Dramatik sorgte das Scheitern der Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP, das gleichzeitig auch die Ära der Großen Koalition (1987–1999) beendete. Konsequenz des Scheiterns der SPÖ-ÖVP-Verhandlungen war die Bildung einer Koalitionsregierung zwischen der mittlerweile knapp (um 415 Stimmen) zur zweitstärksten Partei aufgestiegenen FPÖ mit der ÖVP, die erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik auf den dritten Platz zurückgefallen war. Trotzdem stellt die ÖVP den Kanzler dieser Mitte-Rechts-Regierung, die im Februar 2000 vom Bundespräsidenten angelobt wurde.

Für außenpolitische Dramatik sorgte zunächst das Ergebnis der Nationalratswahl 1999, insbesondere die Tatsache, daß die FPÖ mit einem Anteil von 26,9 Prozent zur zweitstärksten Partei geworden war. Die internationale Medienöffentlichkeit verfolgte dieses Ergebnis mit nachhaltiger Besorgnis und widmete dem österreichischen Wahlverhalten eine Aufmerksamkeit, die bislang keiner österreichischen Parlamentswahl zuteil wurde. Die Bildung einer Koalitionsregierung von ÖVP und FPÖ erhöhte nicht nur die Intensität der massenmedialen Kritik und Besorgnis, sondern löste auch bei den 14 Regierungen der Europäischen Union einschneidende und in dieser Form in Westeuropa beispiellose Reaktionen aus, die u.a. in einer Reduktion der bilateralen Beziehungen mit Regierungsvertretern des EU-Mitglieds Österreich mündeten.

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über langfristige Veränderungen der Tiefenstruktur des österreichischen Wahlverhaltens und arbeitet Wandlungslinien heraus, die,

über die Nationalratswahl hinaus, den wahlpolitischen Wettbewerb maßgeblich beeinflussen werden.¹

1. Der traditionelle Raum der österreichischen Parteienkonkurrenz

Noch bis in die frühen siebziger Jahre konnte die österreichische Wählerlandschaft mit den Konzepten „Lagerkultur“ und „Lagerbindung“ beschrieben werden (Plasser, Ulram und Grausgruber 1992; Müller, Plasser und Ulram 1995b). Eingebunden in spezifische subkulturelle Sozialmilieus, die durch eine relative Konstanz trennscharfer Strukturmerkmale wie soziokultureller Orientierungen gekennzeichnet waren, prägten emotionale Verbundenheit und disziplinierte Folgebereitschaft das politische Verhalten der Stamm- und Kernschichtenwähler. Die außerordentliche Stabilität tief verankerter Parteibindung stützte sich dabei auf ein die österreichische Gesellschaft strukturierendes Konfliktmuster, das sich in den fünfziger und sechziger Jahren aus drei Hauptspannungslinien (cleavages) zusammensetzte: Es waren dies die konfessionelle Konfliktachse (aktives katholisches bzw. konfessionell gebundenes Milieu versus laizistisches, kirchenfernes Milieu), die wohlfahrtsstaatliche Konfliktlinie (sozialstaatliche Sicherheits- und Regelungserwartungen versus stärker marktwirtschaftliche, auf individuelle Initiativen und Risiken abgestellte Orientierungen) sowie eine – wenn auch deutlich abgeschwächte – deutschnationale versus österreichnationale Spannungslinie. Diese drei Hauptspannungslinien – ergänzt durch traditionelle Spannungen zwischen Stadt und Land wie Zentralräumen und peripheren Randlagen – definierten die Konfliktlogik der österreichischen Nachkriegsdemokratie wie die Grenzen der dominanten Lager.

Entlang der beiden erstgenannten Cleavages formierten sich die beiden dominanten politischen Lager, die Subkulturen mit starken emotionalen, weltanschaulichen und organisatorischen Bindungen darstellten. SPÖ und ÖVP waren ebenso politische Ausdrucksformen wie Verstärkungspotentiale der Lagerkulturen: speziell durch die parteipolitische Kolonisierung von Verwaltung, öffentlicher Wirtschaft und Bildungswesen wurden Lagerbeziehungen und -mentalitäten in ihrer Reichweite ausgedehnt und durch die Vergabe von materiellen benefits stabilisiert. Den anderen relevanten Parteien, also KPÖ und FPÖ (bzw. VdU, WdU), mangelte es entweder an dieser Verflechtung mit dem Staatsapparat und/oder einem entsprechenden organisatorischen Netzwerk, damit aber auch an internen wie externen Stabilisierungsfaktoren, die politische Loyalitäten auch in schwierigen Situationen aufrechterhalten konnten. Tatsächlich büßten diese Parteien in den späten fünfziger und sechziger Jahren einen Gutteil ihres in den Anfangsjahren der Zweiten Republik noch durchaus beträchtlichen Stimmenanteils ein: konnten Kleinparteien in den Wahlen 1949 und 1953 noch ca. 17 Prozent der gültigen Wählerstimmen erringen, so waren dies in den Wahlgängen 1956–1966 nur noch wenig mehr als 10 Prozent. Umgekehrt gelang es der SPÖ und ÖVP, ihren gemeinsamen Stimmenanteil auf fast 90 Prozent zu steigern. Die Konkurrenzsituation war in dieser Phase des Parteienwettbewerbs eingeschränkt. Bewegliche Wählergruppen rekrutierten sich aus

- jüngeren Wählerinnen und Wählern, die noch nicht in die Lager völlig integriert waren;
- einer kleinen Gruppe politisch desinteressierter und wenig informierter Wähler, von Kienzl einprägsam als „politischer Flugsand“ (Kienzl 1964) apostrophiert;
- Wählerinnen und Wählern der Kleinparteien;
- verschiedenen politischen Abspaltungen von SPÖ und ÖVP, erkennbar etwa bei den Nationalratswahlen 1966.

Mit Ausnahme der Nationalratswahlen von 1970 war die elektorale Volatilität nach internationalen Standards vergleichsweise gering (Plasser, Ulram und Grausgruber 1992); vor

¹ Der vorliegende Beitrag ist die modifizierte, aktualisierte und ergänzte Fassung eines Beitrages, der im Sammelband „Das österreichische Wahlverhalten“, herausgegeben von Fritz Plasser und Peter A. Ulram, im April 2000 im Signum-Verlag (Wien) erschienen ist.

allen die beiden Traditionsparteien konzentrierten sich mehr auf die Mobilisierung ihrer Kernwählergruppen als auf die Ansprache parteiungebundener Wählersegmente. Im Laufe der Zeit modifizierten sich aber Wettbewerbslogik und Wettbewerbsräume. Durch den Prozeß der österreichischen Nationsbildung schwächte sich der nationale Cleavage ab, weil deutschnationale Orientierungen auf eine immer kleinere und zusehends überaltete Restgruppe reduziert wurden (Plasser und Ulram 1993). Dies stellte zunächst ein zentrales Problem für die Freiheitliche Partei dar, weil nicht nur ein zentrales Element ihres ideologischen Selbstverständnisses keine positive wahlpolitische Resonanz mehr zeitigte, sondern die verbleibenden deutschnationalen Sentiments im Funktionärskorps sogar zu innerparteilichen Konflikten führten und so Barrieren für die Ansprache neuer Wählergruppen darstellten. Erst die weitgehende Liquidierung dieser „historischen Erblast“, der Austausch alter Kader und die Instrumentalisierung von ethnozentrischen (nun aber österreich-chauvinistischen) Orientierungen in den neunziger Jahren konnte dieses strategische Handicap wettmachen. In ähnlicher, wenngleich abge-schwächter Weise unterminierte auch der religiöse Säkularisierungsprozeß den säkular-katholischen Cleavage. Dieser behält zwar eine strukturierende Funktion bei (Jagodzinski 1999), verliert aber aufgrund der starken Abnahme von Kirchenbindungen erheblich an wahlpolitischer Bedeutung (Plasser und Ulram 1995a). Dies verschlechterte zunächst die Wettbewerbsposition der ÖVP. Die alte Konfliktkonfiguration Arbeitnehmer versus Arbeitgeber und Landwirte schließlich wurde zunehmend in einen Gegensatz zwischen wohlfahrtsstaatlichen (und staatsinterventionistischen) Orientierungen auf der einen Seite, stärker marktbezogenen und individualistischen Orientierungen auf der anderen Seite transformiert. Für die SPÖ bedeutete dies ursprünglich eine beträchtliche Herausforderung, die allerdings dadurch gemildert wurde, daß der primäre Kontrahent auf der sozioökonomischen Konfliktachse, die ÖVP, durch die Interessen breiter Klientelgruppen, speziell aber auch durch ihre Integration in die Sozialpartnerschaft und die Verankerung im bis in die achtziger Jahre überdimensionierten öffentlichen Wirtschaftssektor lange Zeit nicht in der Lage war, sich eindeutig am marktwirtschaftlichen Pol zu positionieren.²

Gleichermaßen folgenschwer sind die Konsequenzen des sozioökonomischen und soziokulturellen Wandels, der sich seit den siebziger Jahren beschleunigt. Die sozialen Kerngruppen der Traditionsparteien schrumpfen zahlenmäßig, die traditionellen Sozialmilieus brechen auf, wodurch sich auch die alten Netzwerke sozialer Kontakte und persönlicher Beziehungen, die eine soziale Konsonanz politischer Einstellungen sicherten, auflösen (Plasser, Ulram und Grausgruber 1992). Weltanschauliche Deutungsmuster verblassen bzw. vermögen nicht mehr, einer immer differenzierteren gesellschaftlichen Realität Rechnung zu tragen. ÖVP und SPÖ verlieren an subkultureller Verankerung wie die immer kleiner werdenden Subkulturen an politischer Integrations- und Prägekraft verlieren. Die Folge ist eine affektive und organisatorische Entstrukturierung der Wählerschaft, die durch den Aufstieg der Massenmedien zu primären Trägern des politischen Kommunikationsprozesses beschleunigt wird. In Summe bedeutete dies einen fundamentalen Wandel der Rahmenbedingungen des Parteienwettbewerbs. Für die vorliegende Analyse sind in diesem Zusammenhang insbesondere zwei Fragestellungen zu beantworten: Erstens, ob die genannten Entwicklungen überhaupt zur Ausbildung eines Raums der Parteienkonkurrenz geführt haben, der durch konturierte Einstellungsmuster und Dimensionen strukturiert ist. Theoretisch denkbar wäre ja auch eine weitgehende Individualisierung der Wählerschaft bis hin zu „politischer Atomisierung“, also der Auflösung von stabilen Mustern und ihre Ablöse durch „freifluktuiierende“ Individuen und Kleingruppen, deren politische Einstellungen und Verhaltensweisen im Regelfall instabil und anlaßbezogen sind. Zweitens, sofern neue Strukturmuster feststellbar sind, wie diese beschaffen sind, worin die grundlegenden gesellschaftspolitischen Orientierungen bestehen und welche neuen Konfliktkonfigurationen daraus abgeleitet werden können.

² Verstärkt wurde dies durch die weitgehende Absenz einer modernen und ökonomisch starken privaten Großindustrie sowie durch den beträchtlichen Rückhalt etatistischer Orientierungen in der Bevölkerung insgesamt wie in breiten Teilen der ÖVP-Wählerschaft. Noch Jahrzehnte später erbrachte eine Analyse von Kitschelt (1995: 184/185) nur geringe Unterschiede in der Position der SPÖ- und ÖVP-Wählerschaft hinsichtlich sozioökonomischer Faktoren (Datenbasis: World Value Survey 1990).

2. Der neue politische Wettbewerbsraum

Im folgenden wird der Versuch unternommen, den neuen Wettbewerbsraum der Parteien in Österreich abzustecken. Konkret wurde ein dreistufiges Verfahren gewählt: Im ersten Schritt erfolgt eine Unterteilung (Segmentation) der österreichischen Bevölkerung (ab 15 Jahren) hinsichtlich gesellschaftspolitischer Orientierungen. Mittels einer Clusteranalyse³ wird eine gesellschaftspolitische Orientierungstypologie ermittelt, wobei aus der aktuellen wie potentiellen Stärke der Parteien (gemessen über die Fragen nach der Wahlabsicht bzw. der prinzipiellen Wählbarkeit) in den einzelnen Typen (Clustern) erste Informationen über parteipolitische Konkurrenzfelder gewonnen werden. Im zweiten Schritt wird der politische Konkurrenzraum durch eine Korrespondenzanalyse dargestellt: diese zeigt Nähe- bzw. Distanzverhältnisse der einzelnen Orientierungen zueinander bzw. der Parteien zu diesen Orientierungen. Im dritten Schritt erfolgt eine Verdichtung der Orientierungen mittels Faktorenanalyse zu Orientierungsdimensionen. Diese können als grundlegende Konfliktachsen interpretiert werden, die den politischen Wettbewerbsraum strukturieren.⁴ Die gesellschaftspolitische Typologie unterscheidet insgesamt sieben trennscharfe (Orientierungs-) Typen bzw. Clusters.⁵

Sozialstaatliche Traditionalisten: Sozialstaatliche Traditionalisten befürworten die Intervention des Staates bei sozialen Problemlagen und treten im Zweifelsfall für protektionistische Maßnahmen ein. Gleichheit und soziale Gerechtigkeit sind vorrangige gesellschaftliche Zielsetzungen, wie überhaupt verbindliche Werte und Normen deutlich vor individueller Freiheit und Selbstentfaltung rangieren; Normverletzungen sollen auch entsprechend geahndet werden. Politisch sind hier die Reste der sozialdemokratischen Lagerkultur mit starker Parteibindung an die SPÖ, geringer wahlpolitischer Mobilität und wenig Sympathie für tiefgreifende Reformen zu finden. Es dominieren die älteren Jahrgänge sowie (unter den Berufstätigen) die Angehörigen weniger qualifizierter Berufe.

Wohlfahrtsstaatliche Chauvinisten: Auch sie machen den Staat für die Lösung sozialer Probleme verantwortlich. Ihre sozialgarantistische Grundhaltung liegt aber kaum in verbindlichen Wertvorstellungen, sondern vielmehr im Streben nach Schutz vor wirtschaftlichem Wettbewerb und in der Abwehr von Bedrohungen begründet. Vielfach handelt es sich um jüngere, wenig qualifizierte Berufstätige aus der Privatwirtschaft (Frauen, Arbeiter), die Ausländer, wirtschaftlichen Wandel und den europäischen Integrationsprozeß als Bedrohung für ihren eher prekären Lebensstandard und ihre Lebensweise interpretieren und darauf mit emotionaler Abgrenzung gegen Randgruppen und Ausländer reagieren. Ihr objektiver und/oder subjektiver Status als „Modernisierungsverlierer“ schlägt sich auch in beträchtlicher Unzufriedenheit mit der politischen Entwicklung und dem politischen System nieder. SPÖ und FPÖ erhalten in dieser Gruppe fast gleich starke wahlpolitische Unterstützung.

Integrierte Wertkonservative: Integrierte Wertkonservative betonen sowohl die Notwendigkeit verbindlicher Normen als auch die soziale Verantwortung des Staates. Zu ihren Grundwerten zählen Toleranz, Demokratie und Weltoffenheit. Sie sind mit dem Zustand der österreichischen Politik weitgehend zufrieden und stehen moderatem Wandel nicht ablehnend gegenüber. Soziodemographisch handelt es sich eher um Angehörige des gehobenen Mittelstandes mit überdurchschnittlichem Bildungsgrad und qualifizierter Berufstätigkeit (zu einem Großteil im öffentlichen Sektor). Politisch den Traditionsparteien SPÖ und ÖVP nahestehend, weisen sie doch ein erhebliches Ausmaß an wahlpolitischer Mobilität auf – freilich mit erkennbaren

³ Nicht-hierarchische Clusteranalyse mit k-means Algorithmus (vgl. dazu Aldenderfer und Blashfield 1984; Myers 1996). Die Datenbasis wird aus der Studie FESSEL-GfK, Politische Positionierungsstudie (1998), N=2000 Befragte (face to face) ab 15 Jahren bezogen.

⁴ Es sei noch einmal darauf verwiesen, daß die Clustertypologie nur auf diesen Variablen beruht. Andere Merkmale wie Soziodemographie, Parteipräferenz oder spezifische politische Einstellungen dienen der Illustration der Cluster und belegen indirekt auch die Trennschärfe der Cluster, sie sind aber nicht typenbildend.

⁵ Diese Typologie stellt eine methodische Weiterentwicklung der bei Plasser und Ulram (1995a) präsentierten Typologie dar; ist daher nicht direkt vergleichbar.

Vorbehalten gegenüber den anderen Parteien und deren offenbar als zu radikal empfundenen Vorstellungen.

Defensive Konservative: Im Unterschied zur vorangegangenen Gruppe zeigen die Defensiven Konservativen ein beträchtliches Ausmaß an Verunsicherung über die wirtschaftliche und politische Entwicklung, aber auch über die Infragestellung traditioneller soziokultureller Selbstverständlichkeiten. Man hofft auf den Staat und klare Anweisungen von oben, möchte sich selbst dafür politisch aber nur wenig engagieren. Niedrige Bildung, die Herkunft aus einfachen Sozialmilieus und vergleichsweise höheres Alter tragen zu einem Mißtrauen gegen Veränderungen bei.

Systemverdrossene Rechte: Hier verbinden sich rigide Abgrenzungen gegen alles „Fremde“ (ausgeprägter Ethnozentrismus und Forderung nach „hartem Durchgreifen“ gegen Randgruppen) mit einer strikten Ablehnung egalitärer Tendenzen und sozialstaatlicher Intervention. Auffällig ist zudem ein anomischer Zug; verbindliche Normen stoßen nur auf geringe Zustimmung, so daß man einem radikalen Individualismus mit sozialdarwinistischer Prägung huldigt, unterfüttert mit einer Neigung zum Autoritären. Ideologisch verorten sich die Systemverdrossenen Rechten eindeutig rechts; starke Unzufriedenheit mit der Demokratie geht Hand in Hand mit einer fundamentalen Kritik an der österreichischen Politik wie der Teilnahme am europäischen Integrationsprozeß. Auch soziodemographisch ist dieses Segment klar definiert: sechs von zehn Systemverdrossenen Rechten sind Männer; Arbeiter und Gewerbetreibende gerade aus dem privatwirtschaftlichen Sektor sind überdurchschnittlich vertreten, desgleichen Pensionisten. Wahlpolitisch dominiert hier die FPÖ.

Marktliberale Individualisten: Eine antietatistische und antiegalitäre Grundhaltung, konsequent ausgeweitet auf die Ablehnung von wirtschaftspolitischem Protektionismus kennzeichnet auch die Marktliberalen Individualisten. Im Unterschied zur vorhergehenden Gruppe zeigt man sich aber tolerant gegenüber Randgruppen, offen gegenüber Menschen mit anderer Nationalität und ihrer Lebensart und tritt für eine Ausweitung der Demokratie ein. An der österreichischen Demokratie haben die Marktliberalen Individualisten eher wenig auszusetzen; man sieht das Land insbesondere auch aufgrund der EU-Mitgliedschaft auf dem richtigen Weg und kann sich für sektorale Reformen erwärmen. Die Mehrzahl dieser urbanen Gruppe ist in qualifizierten Berufen und gehobenen Positionen tätig, Einkommen und Bildungsgrad liegen deutlich über dem Durchschnitt. Politisch hochmobil, neigen die Liberalen Individualisten verstärkt der ÖVP, dem Liberalen Forum und den Grünen zu.

Libertäre Neue Linke: Die Libertäre Neue Linke lehnt Einschränkungen persönlicher Freiheit durch verbindliche Normen ab, zeigt aber zugleich ausgeprägte sozialstaatliche und protektionistische Orientierungen. Toleranz, Multikulturalismus, Partizipation und Ökologie werden hervorgehoben. Politisch verortet man sich links. Bei aller Kritik an einzelnen Fehlentwicklungen ist man mit dem Zustand der österreichischen Demokratie zufrieden und deutlich proeuropäisch eingestellt. Die Angehörigen dieses Clusters sind zumeist jung, verfügen über ein hohes Bildungsniveau und rekrutieren sich zu zwei Drittel aus Frauen. Sofern berufstätig, findet man sie in white-collar-Berufen mit einem überdurchschnittlichen Anteil an öffentlich Bediensteten. Grüne und LIF stoßen hier auf überdurchschnittliche Sympathie.

Aus der Beschreibung der gesellschaftspolitischen Orientierungstypen geht bereits hervor, daß die politischen Parteien bei den Angehörigen der einzelnen Cluster unterschiedlichen Anklang finden. Die SPÖ ist unter den Integrierten Wertkonservativen und den Sozialstaatlichen Traditionalisten am stärksten vertreten; bei den Wohlfahrtsstaatlichen Chauvinisten und den Libertären Neuen Linken liegt sie etwa im österreichischen Durchschnitt. Die ÖVP hat ihre stärkste Position bei den Marktliberalen Individualisten und den Integrierten Wertkonservativen, gefolgt von den Sozialstaatlichen Traditionalisten und den Defensiven Konservativen. Damit wird auch deutlich, daß die Wähler (in ähnlicher Form auch die potentiellen Wähler) von SPÖ und ÖVP vergleichsweise weit über die einzelnen Typen streuen. Dies spiegelt zum einen ihren

traditionellen Charakter als Volksparteien wider, verweist aber zum anderen auf strategische Dilemmata: die beiden Wählerschaften sind mit Blick auf ihre gesellschaftspolitischen Orientierungen sehr heterogen zusammengesetzt; beide Parteien werden in den einzelnen Clustern von unterschiedlichen Seiten konkurrenziert. Bei den Integrierten Wertkonservativen findet der Wettbewerb vorwiegend zwischen den beiden Traditionsparteien SPÖ und ÖVP statt. In den Gruppen der Sozialstaatlichen Traditionalisten und der Defensiven Konservativen hat die FPÖ bereits eine relevante Position errungen. Bei den Wohlfahrtsstaatlichen Chauvinisten stehen SPÖ und FPÖ in unmittelbarer Konkurrenz; bei der Libertären Neuen Linken konkurriert die SPÖ sichtbar mit Grünen und Liberalen. Gerade im soziokulturellen Bereich (Rigidität, Ethnozentrismus) weisen die beiden letztgenannten Typen aber nur wenige Gemeinsamkeiten auf – eine Profilierung in Richtung Law and Order oder striktere Ausländerpolitik mag so eher die Position der SPÖ bei den Wohlfahrtsstaatlichen Chauvinisten gegenüber der FPÖ verbessern, verschlechtert aber zugleich die Konkurrenzsituation der Sozialdemokratie gegenüber Grünen und Liberalen bei der Libertären Neuen Linken und vice versa. Ähnlich die Situation bei der ÖVP: die antietatistische Grundhaltung der Marktliberalen Individualisten steht in Widerspruch zum Etatismus der Integrierten Wertkonservativen, vor allem aber der Sozialstaatlichen Traditionalisten; die Hochschätzung verbindlicher gesellschaftlicher Normen (etwa im Bereich der Familienpolitik) bei den Integrierten Wertkonservativen findet bei den Marktliberalen Individualisten nur wenig Anklang. Noch stärkere Spannungen sind voraussehbar, wenn die Traditionsparteien versuchen (würden), Wähler aus der Kerngruppe der FPÖ, der Systemverdrossenen Rechten (zurück) zu gewinnen.

Tabelle 1: Gesellschaftspolitische Typen: Parteipräferenz und Parteiwählerverhalten

In Prozent	Deklarierte Parteipräferenz (Zeilenprozentuierung)						Parteiwählerschaften (Spaltenprozentuierung)					Öster- reich
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	LIF	GRÜNE		SPÖ	ÖVP	FPÖ	LIF	GRÜNE	
Sozialstaatliche Traditionalisten	<u>31</u>	22	15	0	0	(=100%)	<u>16</u>	13	12	2	2	13
Wohlfahrtsstaatliche Chauvinisten	<u>26</u>	18	<u>24</u>	1	2	(=100%)	<u>15</u>	12	<u>21</u>	7	6	14
Integrierte Wertkonservative	<u>34</u>	<u>25</u>	10	2	3	(=100%)	<u>19</u>	<u>16</u>	8	8	11	14
Defensive Konservative	21	20	15	3	3	(=100%)	15	<u>17</u>	16	12	13	19
Systemverdrossene Rechte	19	19	<u>34</u>	0	1	(=100%)	10	12	<u>27</u>	2	2	10
Marktliberale Individualisten	23	<u>30</u>	10	<u>6</u>	<u>11</u>	(=100%)	12	<u>19</u>	8	<u>30</u>	<u>33</u>	12
Libertäre Neue Linke	25	18	9	<u>6</u>	<u>11</u>	(=100%)	13	12	8	<u>28</u>	<u>35</u>	14
Österreich gesamt	25	22	17	3	4	(=100%)	(100%)	(100%)	(100%)	(100%)	(100%)	(100%)

Quelle: FESSEL-GfK, Positionierungsstudie (1998).

Umgekehrt ist die Wählerschaft der drei anderen Parteien weniger heterogen, obwohl auch hier Spannungslinien feststellbar sind. So bezieht die FPÖ beinahe die Hälfte ihrer Wähler aus zwei Orientierungstypen, den Systemverdrossenen Rechten und den Wohlfahrtsstaatlichen Chauvinisten. Hinsichtlich soziokultureller Einstellungen weisen beide Segmente zwar beträchtliche Gemeinsamkeiten auf, unterscheiden sich aber deutlich im Bereich etatistischer Orientierungen. Bei Grünen und LIF konzentrieren sich sogar zwei Drittel bzw. sechs von zehn ihrer Wähler(innen) auf die Cluster Libertäre, Neue Linke und Marktliberale Individualisten. Auch diese beiden Orientierungstypen weisen nur im Hinblick auf soziokulturelle Orientierungen große Ähnlichkeiten auf, während bei Einstellungen zu sozialstaatlicher und ökonomischer Interventionspolitik markante Gegensätze sichtbar werden. Darüber hinaus konstituiert die weitgehende Überschneidung der beiden Wählerschaften wie ihrer Wählerpotentiale eine unmittelbare Konkurrenzsituation zwischen Grünen und LIF.

Die vorliegende Studie macht deutlich, daß strategische Positionsänderungen von Parteien – Annäherung einer Parteiposition an gesellschaftspolitische Positionen, um die Konkurrenzsituation gegenüber einer anderen Partei zu verbessern – zugleich mit dem Abrücken von Positionen und damit mit einer möglichen Vergrößerung des (Spiel-)Raumes einer anderen Partei verbunden sein können. Bewegt sich die ÖVP etwa stärker in Richtung „konservativer“ gesellschaftspolitischer Orientierungen (z.B. Autoritarismus und Rigidität), um die dort angesiedelten Freiheitlichen verstärkt zu konkurrieren, so entfernt sie sich gleichzeitig von individuellen und Freiheitsorientierungen und vergrößert somit den Spielraum des LIF. Ähnliches gilt für die SPÖ, die dadurch vor allem den Grünen mehr Spielraum einräumen würde. Für das Liberale Forum bedeutet eine stärkere Annäherung an die Position des Radikalen Individualismus zwar eine verschärfte Konkurrenz zu den Grünen, zugleich aber das Überlassen von Raum bei Freiheits- und antietatistischen Orientierungen zugunsten der Volkspartei. Bewegungen im gesellschaftspolitischen Raum bringen so zwei Konsequenzen mit sich: sie können Chancen eröffnen, zugleich aber Risiken vergrößern (Mair, Müller und Plasser 1999). Ein Spezifikum stellen dabei die „unique selling positions,“ dar: sie plazieren den jeweiligen Inhaber einer solchen Position weit von den möglichen Konkurrenten und stellen zugleich ein schweres Handicap für eben diese Konkurrenten dar: wer immer sich auf die unique selling position einer Partei zubewegt, muß nicht nur einen großen Abstand überwinden, sondern entfernt sich auch ebenso von seinem(n) Imageschwerpunkt(en) und seiner bisherigen Wählerschaft (Schaubild 1). Anders als im alten Wettbewerbsraum, der sich durch vergleichsweise stabile Parteibindungen und geringe Mobilität auszeichnete, eröffnete der Zerfall traditioneller Parteibindungen weit mehr Möglichkeiten zur strategischen Formierung neuer Wählerkoalitionen und ein wechselndes Wahlverhalten fluktuierender Wählergruppen.

3. Zerfall traditioneller Parteibindungen und erhöhte Volatilität

Hatten in den fünfziger und sechziger Jahren noch rund drei Viertel der österreichischen Wahlberechtigten eine stabile Bindung zu einer politischen Partei, weist Ende der neunziger Jahre nur mehr die Hälfte der Wahlberechtigten eine langfristige gefühlsmäßige Neigung zu einer bestimmten Partei auf. Im Vergleich zur Mitte der siebziger Jahre hat sich der Anteil von Personen mit einer starken Parteibindung halbiert und beträgt 1999 nur mehr 16 Prozent. Fast halbiert hat sich auch der Anteil an eingetragenen Parteimitgliedern, wie insgesamt die organisatorische Mobilisierungs- und Kampagnefähigkeit der österreichischen Traditionsparteien teilweise dramatisch abgenommen hat. Demotivation, mangelnde Anreize und eine seit den achtziger Jahren deutlich parteienkritischer eingestellte Öffentlichkeit demobilisierten die Parteienhängerschaften. Daten aus ersten Umfragen nach dem Regierungs- und Koalitionswechsel im Februar 2000 deuten auf eine zumindest temporäre Verlangsamung dieser Trends. Die durch den Koalitionswechsel ausgelöste Polarisierung des Parteienwettbewerbs führt offensichtlich zu einer tendenziellen Re-Stabilisierung der Parteibindungen, wie auch die Parteizentralen von erstmals wieder steigenden Mitgliederzahlen berichten.

In Österreich lassen sich drei Phasen des Dealignment unterscheiden, denen jeweils spezifische Ursachen zugeordnet werden können (Müller, Plasser und Ulram 1999: 209f.). Die erste Phase, die den Zeitraum von den späten 60er Jahren bis Ende der 70er Jahre einschließt, kann als strukturelles Dealignment bezeichnet werden. Der sozioökonomische Wandel (Rückgang der Agrarquote, erhöhte regionale und berufliche Mobilität, Industrialisierung und Suburbanisierung ehemals ländlicher Regionen) sowie die Modernisierung der Produktionsstrukturen (Rückgang der traditionellen Industriearbeiterschaft, Rückgang der Einzelhandels- bzw. Kleingewerbebetriebe, Anwachsen des Dienstleistungssektors, des öffentlichen Sektors wie der neuen Mittelschicht aus der Angestelltenschaft) haben nicht nur die soziale Wählerbasis der großen Parteien nachdrücklich verändert, sondern auch zu einer Abschwächung traditioneller Parteiloyalitäten und vormals stabiler Wähler-Partei-Bindungen geführt. In dieser ersten Phase hatte das Dealignment den Charakter eines politischen Säkularisierungsprozesses und konzentrierte sich auf Personen mit nur mäßiger oder

schwacher Parteiidentifikation. Der harte Kern der Parteiidentifizierer blieb trotz eines graduellen Anstiegs der politischen Mobilität weitgehend unberührt. Resultat war ein graduelles Dealignment der Wählerschaft auf der Mikroebene bei gleichzeitiger Stabilität des Wahlverhaltens auf der Aggregatenebene (Gluchowski und Plasser 1999: 13-15).

Die zweite Phase des Dealignment setzte in den späten siebziger Jahren ein und erstreckte sich bis Mitte der achtziger Jahre. Diese Phase kann als affektives De-alignment bezeichnet werden. Vor allem in den 80er Jahren kam es in Österreich zu einer Zunahme genereller Verdrossenheit über die politischen Parteien und einem scharfen Anstieg der Parteien- und Elitenkritik in Form emotional aufgeladener „anti-politischer“ Reflexe und Ressentiments. Verstärkt durch eine Serie politischer Skandale, Unzufriedenheit mit der Performanz der Regierungsparteien und das Herauskristallisieren neuer Konfliktlinien (ökologischer Cleavage), nahm die Bereitschaft zur Identifikation mit einer bestimmten Partei deutlich ab. Die politische Kultur veränderte sich in Richtung einer Wählerprotestkultur, die vor allem die dritte Phase des Dealignment bestimmen sollte. Sie kann als ein oppositionelles, protestgeladenes Dealignment charakterisiert werden. Zwei Faktoren stehen hinter dieser Dynamik. Es ist dies erstens die Neuaufgabe der großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP (1987), die zu einer weiteren Schwächung traditioneller Parteiloyalitäten beitrug, da sie als oversized coalition oppositionelle Reflexe stimulierte wie den Eindruck der mangelnden Unterscheidbarkeit zwischen den Regierungsparteien verstärkte. Der zweite Faktor kann auf einen strategischen Akteur – die rechtspopulistische FPÖ – zurückgeführt werden, der latente Protesthaltungen in der Wählerschaft gezielt verstärkt, neue Spannungslinien in der Gesellschaft noch stärker polarisiert, brisante bzw. ressentimentgeladene Themen (Immigration, Kriminalität) bewußt zuspitzt und insgesamt eine Politik des strategischen Affekt-Management betreibt. Konsequenzen dieser dritten Phase des Dealignment sind nicht nur ein fortschreitender Zerfall traditioneller Parteibindungen, erhöhte Mobilität und Wechselbereitschaft, sondern auch eine substantielle Schwächung der Kernwählerschichten der beiden Regierungsparteien, die – anders als in der ersten Phase des Dealignment – voll von der Erosionsdynamik erfaßt wurden.

Dem Rückgang der partei gebundenen Stammwählerschaft der österreichischen Parteien steht ein kontinuierlich ansteigender Anteil von mobilen, parteiungebundenen Wechselwählern gegenüber. Konnten etwa 1972 nur 8 Prozent der Wahlberechtigten als „split voters“ klassifiziert werden, betrug der Anteil 1999 bereits 46 Prozent. Fast jeder zweite Wahlberechtigte hat bei Nationalrats- oder Landtagswahlen unterschiedliche Parteien gewählt. Nur mehr 43 Prozent der Wahlberechtigten konnten 1999 als konsistente Wähler bezeichnet werden, die bei allen Wahlen, an denen sie teilnahmen, konstant für dieselbe Partei votierten. Kontinuierlich angestiegen ist auch der Anteil von Wechselwählern bei Nationalratswahlen. Wählten bei der Nationalratswahl 1979 nur 7 Prozent eine andere Partei als bei der Nationalratswahl 1975, lag der Wechselwähleranteil bei der Nationalratswahl 1999 bei 18 Prozent. Im selben Zeitraum hat auch die in Österreich traditionell hohe Wahlbeteiligungsrates abgenommen. Wie die Parteibindungen hat sich auch die Beteiligungsdisziplin abgeschwächt und ist die Nichtwahl aus Protest zu einer Option für unzufriedene und vom politischen Geschehen enttäuschte Wahlberechtigte geworden.

Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der Wähler, die sich erst in der letzten Phase des Wahlkampfes definitiv auf die Partei ihrer Wahl festlegten. Zählten 1979 nur 9 Prozent zur Gruppe der late deciders, waren es bei der Nationalratswahl 1999 bereits 20 Prozent. Der steigende Anteil von late deciders erhöht konsequenterweise das Einflußpotential der massenmedialen Politikvermittlung wie kritischer Wahlkampfeignisse und Medienauftritte bei TV-Interviews und Studio-Konfrontationen bzw. deren massenmediale Interpretation und Wertung (Plasser i.d.B.).

Ein Fünftel der Wähler der Nationalratswahlen hat sich erst in den letzten Tagen bzw. Wochen vor dem Wahltag definitiv für die Partei ihrer Wahl entschieden. Dieser Prozentsatz an „late“ und „last minute deciders“ entspricht etwa den Werten von 1995.

Tabelle 2: Indikatoren der Parteiloyalität 1954-1999

Jahr	Partei- Identif ikation (a)	Starke Identif ikation (b)	Starke Partei- bindung (c)	Stamm- wähler (d)	Wechsel - wähler (e)	Partei- wechsle r (f)	Late Decider (g)	Partei- mit- glieder (Umfraged aten)	Partei- mit- glieder (Mitglied- schafts- statis- tiken)
1954	73		71						27
1969	75		65					24	27
1972			61	76	8			23	26
1974	65	30	61						26
1979	63		56	66	16	7	9	22	26
1983	61	27	47			10	8		24
1986	60	21	39			16	16	23	23
1990	49	19	34	58	26	17	14	18	20
1994	44	12	31			19	18	15	17
1995	49	13	28	44	44	22	21		
1996	46		31					13	16
1997	47	15	28	46	44				
1998	51	15	25	43	45				
1999	51	16	26	43	46	18	20		
2000	52	20		41	48				
Verände r-ung	-21	-10	-45	-35	+40	+11	+11	-11	-11

(a) Prozent der Respondenten mit Parteiidentifikation.

(b) Prozent der Respondenten mit starker Parteiidentifikation.

(c) Prozent der Respondenten, die angeben, immer dieselbe Partei zu wählen, auch wenn sie nicht vollständig mit ihr zufrieden sind.

(d) Prozent der Respondenten, die angeben, immer dieselbe Partei gewählt zu haben.

(e) Prozent der Respondenten, die angeben, daß sie gelegentlich ihr Wahlverhalten ändern.

(f) Prozent der *exit-poll*-Respondenten, die angeben, eine andere Partei als bei der vergangenen Wahl gewählt zu haben.

(g) Prozent jener Wählerinnen und Wähler, die sich erst in den letzten Tagen vor dem Wahlsonntag definitiv auf die Partei ihrer Wahl festlegten.

Quelle: Müller, Plasser und Ulram (1999) und FESSEL-GfK, Exit Poll (1999).

18 Prozent der Wähler und Wählerinnen haben 1999 eine andere Partei gewählt als bei den Nationalratswahlen 1995, was der Wechselwählerrate der Wahlgänge der neunziger Jahre entspricht. Die leichte Abnahme an Wechselwählern von 1995 auf 1999 ist dabei vor dem Hintergrund der stark gestiegenen Wahlenthaltung zu sehen, von der die SPÖ ungleich stärker betroffen wurde als die ÖVP, wie insgesamt die Tendenz zur Wahlenthaltung aus Protest zu einer Revision des Bildes des apathischen, dem politischen Prozeß entfremdeten, marginalisierten Nichtwählers Anlaß gibt. Die soziodemographische Zusammensetzung der Wechselwähler unterscheidet sich in einigen Punkten sichtbar von der der Wählerschaft. Die relativ stärkste Gruppe bilden die 30-44-Jährigen mit 44 Prozent aller Parteiwechsler, stark überdurchschnittlich vertreten sind Maturanten und Akademiker (50 Prozent) bzw. Angestellte (38 Prozent). Umgekehrt liegt der Anteil an Parteiwechslern in der älteren Wählergeneration und der unteren Bildungsschicht deutlich unter dem Durchschnitt. Geschlechtsspezifische Differenzen sind in Summe vergleichsweise gering, bei einer detaillierten Analyse aber durchaus aufschlußreich: so waren 63 Prozent der SPÖ-Abwanderer zur FPÖ und 57 Prozent der ÖVP-Abwanderer zur FPÖ Männer.

4. Traditionelle Determinanten des Wahlverhaltens: Konstanz bei abnehmender Relevanz

Kirchenbindung und gewerkschaftliche Nähe zählten zu den traditionellen Determinanten des österreichischen Wählerverhaltens. Beide haben in den vergangenen Jahrzehnten zur außerordentlichen Stabilität des österreichischen Wählerverhaltens beigetragen. Wähler mit starker Kirchenbindung – operationalisiert als regelmäßiger Kirchgang – entscheiden sich in überwiegender Mehrheit für die ÖVP, während gewerkschaftlich organisierte Wähler mehrheitlich für die SPÖ votieren (Plasser und Ulram 1995a: 373). Der gesellschaftliche Modernisierungsprozeß hat aber nicht nur die soziale und subkulturelle Bindungskraft der Traditionsparteien SPÖ und ÖVP unterminiert, sondern durch die fortschreitende Pluralisierung und Individualisierung auch einstmals verbindliche kollektive Wert- und Deutungsmuster abgeschwächt. Davon sind auch traditionelle Determinanten des österreichischen Wahlverhaltens wie die konfessionelle Kirchenbindung und die Gewerkschaftsmitgliedschaft betroffen. Im Verlauf der vergangenen Dekaden haben sich kirchliche Bindungen gelockert, ist die Kirchgangsfrequenz rückläufig, wird vor allem die Verankerung der ÖVP in konfessionellen Milieus fragiler. In ländlich-dörflichen Regionen noch weitgehend intakt, verliert das katholische Milieu in den urbanisierten Zentralräumen seine Konturen, werden die Netzwerke brüchiger und schwindet seine gesellschaftspolitische Relevanz (Müller, Plasser und Ulram 1995b: 167).

Zählten in den frühen siebziger Jahren noch 35 Prozent der Wählerinnen und Wähler zur Kerngruppe regelmäßiger katholischer Kirchgänger, waren es 1999 nur mehr 19 Prozent. Trotzdem ist die kirchliche Integration für das Wahlverhalten weiterhin von erheblicher Bedeutung, „in Österreich mehr noch als in Westdeutschland, weil hier die ÖVP in der Gruppe der Konfessionslosen und kirchlich nicht Gebundenen viel weniger Fuß fassen konnte als die CDU/CSU. Genau aus diesem Grund differieren in Österreich kirchennahe und kirchenferne Personen in ihrem Wahlverhalten so stark, und genau deshalb determiniert in Österreich die Kirchgangshäufigkeit das Wahlverhalten weit mehr als in der Bundesrepublik“ (Jagodzinski 1999: 90). 45 Prozent der ÖVP-Wählerschaft zählen zum katholischen Kern. 1990 waren es 49 Prozent, Anfang der sechziger Jahre konnten noch mehr als zwei Drittel der ÖVP-Wählerinnen und Wähler zum Kreis der regelmäßigen katholischen Kirchengänger gezählt werden. Der religiöse Cleavage ist auch noch am Ende der Neunziger im österreichischen Wahlverhalten nachweisbar und zeigt im Zeitverlauf nur marginale Veränderungen. Der Lijphart-Index des „religious voting“ bewegt sich in Österreich seit den achtziger Jahren um 40 Punkte. Wählten 59 Prozent der regelmäßigen katholischen Kirchgänger die ÖVP, waren es bei den Kirchenfernen nur 20 Prozent und unter den Konfessionslosen nur 6 Prozent. Umgekehrt erhielt die SPÖ 42 Prozent der Stimmen der Konfessionslosen, 34 Prozent der Kirchenfernen und nur 20 Prozent der Stimmen der regelmäßigen katholischen Kirchgänger. Ähnlich ist das Muster für die FPÖ bzw. Grüne und Liberales Forum. Die Kirchgangshäufigkeit ist somit weiterhin ein stabiler Prädiktor für das Wahlverhalten zugunsten der ÖVP.

Stärkere Veränderungen zeigen sich bei der zweiten traditionellen Determinante des österreichischen Wahlverhaltens: der Gewerkschaftsmitgliedschaft. Analog zur Kirchenbindung haben sich auch die Bindungen an die Gewerkschaft abgeschwächt. Die Mitgliederstatistiken des ÖGB signalisieren einen anhaltenden Mitgliederschwund. Waren 1990 noch 25 Prozent der Wählerinnen und Wähler Gewerkschaftsmitglieder, waren es 1999 nur mehr 19 Prozent. Für die Sozialdemokratische Partei hat aber die Gewerkschaftsbindung eine ähnliche stabilisierende Funktion wie eine intakte Kirchenbindung für die ÖVP. 61 Prozent der SPÖ-Wählerschaft bei der Nationalratswahl 1990 rekrutierten sich aus Gewerkschaftsmitgliedern. Neun Jahre später waren es immerhin noch 57 Prozent. Der Prädiktor Gewerkschaftsbindung hat aber im Verlauf der neunziger Jahre an verhaltensprägender Wirkung verloren. Wählten 1990 noch 62 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder die SPÖ, waren es vier Jahre später nur mehr 50 Prozent. 1999 entschieden sich 49 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für die Sozialdemokratische Partei, aber bereits 21 Prozent für die FPÖ, die ihren Stimmenanteil unter Gewerkschaftsmitgliedern im Vergleich zu 1990 verdoppeln konnte. Das wahlpolitische Vordringen der FPÖ in traditionelle Kernwählersegmente der Sozialdemokratischen Partei wie die abnehmende Relevanz der

sozialen bzw. konfessionellen Kerngruppen im politischen Wettbewerb verweisen auf ein ausgeprägtes class dealignment, dessen Ausmaß und Ursachen im Mittelpunkt des folgenden Abschnittes stehen.

5. Erosion des klassengebundenen Wählens und neue sektorale Cleavages

Soziale Lagen und berufliche Lebensumstände waren noch bis in die frühen achtziger Jahre trennscharfe Prädiktoren des österreichischen Wahlverhaltens. Vor allem der berufliche Status und hier insbesondere die Trennung zwischen vorwiegend manuellen bzw. nichtmanuellen Tätigkeiten prägten das Wahlverhalten und führten zum vergleichsweise stabilen Muster des klassengebundenen Wählers. Seit den achtziger Jahren haben sozioökonomischer und generativer Wandel in Verbindung mit fortschreitender Individualisierung und sozialer Differenzierung zu einer substantiellen Schwächung des klassengebundenen Wählens beigetragen. Charakteristisch für die österreichische Situation ist aber nicht nur die ausgeprägte Erosion des klassengebundenen Wählens – ein „class voting dealignment“ (Evans 1999) –, sondern eine gleichzeitig stattfindende Neuorientierung des Wahlverhaltens der österreichischen Arbeiterschaft, die man ohne Übertreibung als „blue collar realignment“ bezeichnen kann. Wählten 1979 noch 65 Prozent der österreichischen Arbeiter und Arbeiterinnen die SPÖ, waren es bei der Nationalratswahl 1999 nur mehr 35 Prozent. Innerhalb von zwanzig Jahren hat sich der SPÖ-Anteil bei der Arbeiterschaft halbiert, der FPÖ-Anteil hingegen verzehnfacht.

Tabelle 3: Wahlverhalten der Arbeiterschaft (1979-1999)

In Prozent	SPÖ	ÖVP	FPÖ
1979	65	29	4
1983	61	28	3
1986	57	26	10
1990	53	22	21
1994	47	15	29
1995	41	13	34
1999	35	12	47

N= zwischen 450 und 550 Befragte.

Quelle: FESSEL-GfK, Repräsentative Nachwahlbefragungen (1979–1983) und Exit Polls (1986–1999).

Seit 1999 ist die FPÖ mit einem Anteil von 47 Prozent die mit Abstand stärkste Partei unter Arbeitern. Für die SPÖ entscheiden sich nur mehr 35 Prozent dieser Berufsgruppe, für die ÖVP nur mehr 12 Prozent. Das Wahlverhalten der österreichischen Arbeiterschaft unterscheidet sich somit deutlich vom „blue collar vote“ in anderen westeuropäischen Demokratien. So haben bei der Bundestagswahl 1998 in Deutschland 48 Prozent der Arbeiter die SPD und 30 Prozent die CDU/CSU gewählt (Feist und Hoffmann 1999). In Großbritannien votierten bei den Unterhauswahlen 1997 68 Prozent der blue collar voters für New Labour und 18 Prozent für die Konservative Partei (Norris 1999). Bei den französischen Parlamentswahlen 1997 entschieden sich 50 Prozent der manuellen Arbeiter für Parteien links der Mitte, 25 Prozent für den Front National (Boy und Mayer 2000). Frankreich ist gleichzeitig ein Beispiel für die überdurchschnittliche Attraktivität radikal rechtspopulistischer Parteien bei (vorwiegend männlichen) Wählern aus der industriellen Arbeiterschaft (Betz 1994; Betz und Immerfall 1998). Im Vergleich zu Frankreich stellt sich aber die Neuorientierung im Wahlverhalten der blue collar workers in Österreich ungleich ausgeprägter dar. Bereits bei den österreichischen Parlamentswahlen 1995 konnte die FPÖ mehr Arbeiterstimmen an sich ziehen als der Front National bei den Wahlen zur Nationalversammlung im selben Jahr. 1997 wählten 25 Prozent der französischen Arbeiter den Front National. Bei den österreichischen Nationalratswahlen 1999 entfielen rund 50 Prozent der Arbeiterstimmen auf die rechtspopulistische FPÖ.

Noch ausgeprägter stellt sich die Neuorientierung im Wahlverhalten der Arbeiterschaft bei Angehörigen der jüngeren Wählergeneration dar. Von den männlichen unter 30-jährigen Arbeitern haben 1999 57 Prozent die FPÖ gewählt. Von den jüngeren Arbeiterinnen entschieden sich 46 Prozent für die FPÖ. Die traditionelle Arbeiterpartei SPÖ konnte bei der Nationalratswahl 1999 nur mehr 28 Prozent der jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen ansprechen. Bei der Nationalratswahl 1986 wählten noch 55 Prozent der jüngeren Arbeiter die Sozialdemokratische Partei und nur 13 Prozent gaben ihre Stimme der Freiheitlichen Partei. Seit dem Regierungs- und Koalitionswechsel findet aber als Reaktion auf die Polarisierung des Parteienwettbewerbs eine Rückkehrbewegung ehemaliger SPÖ- und ÖVP-Wähler von der FPÖ zu ihren traditionellen Parteien statt. Im Frühjahr 2000 präferierte wiederum eine knappe Mehrheit der blue collar voters die oppositionelle Sozialdemokratische Partei.

Interessante Ansätze zur Erklärung dieses langfristigen „blue collar-realignment“ bieten die Überlegungen von Flanagan (1987) und Kitschelt (1994; 1995), die sich mit den Konsequenzen der Veränderung gesellschaftlicher Konflikt- und Spannungslinien für das Wahlverhalten auseinandersetzen. Im Modell von Flanagan setzt sich der Konflikt-raum fortgeschrittener Industriegesellschaften aus drei Hauptspannungslinien zusammen. Die erste Konfliktachse repräsentiert die traditionelle Konfliktlinie zwischen wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung und marktwirtschaftlicher Orientierung bei möglichst geringen staatlichen Eingriffen, die über Jahrzehnte für den wahlpolitischen Wettbewerb konstitutiv war. Die zweite Konfliktachse repräsentiert das Spannungsverhältnis zwischen einer Politik des ökonomisch-technologischen Wachstums und einer auf Ökologie und Umweltschutz orientierten Politik. Hinter dieser Konfliktachse steht aber auch ein neuer value cleavage zwischen Gruppen mit vorrangig materialistischen, an Pflicht- und Akzeptanzwerten ausgerichteten Werthaltungen und Gruppen mit an postmaterialistischen life styles und persönlichen Freiheits- und Entfaltungswerten orientierten Personen (Dalton 1996a; Inglehart 1997). Flanagan ergänzt aber das zweidimensionale Konfliktschema fortgeschrittener Industriegesellschaften um eine dritte Konfliktachse: das Spannungsverhältnis zwischen einer libertären New Left und einer autoritären New Right, das sich etwa an polarisierenden Streitfragen wie der Immigration bzw. der Integration ausländischer Bürger entzündet. Nach Flanagan geraten vor allem Teile des traditionellen blue collar-Wählersegments in eine cross-pressure-Situation, die dazu führen kann, daß Angehörige der working class-Left eine Partei der Neuen Rechten wählen. „Cross pressured voters, for example, may fall on the left side on the Old Politics cleavage because of their working-class occupation and union membership ... but on the right side of the New Politics cleavage because of their authoritarian values“ (Flanagan 1997: 1307).

Konzentriert sich das Modell von Flanagan auf neue soziokulturelle Konfliktlinien im gesellschaftlichen Werteraum, beschäftigt sich Kitschelt mit Verschiebungen der Hauptachsen des politischen Wettbewerbs als Konsequenz der Markt- und Arbeitserfahrungen in fortgeschrittenen Industriegesellschaften. Angelpunkt ist das Auseinanderdriften von Berufserfahrungen in interaktionsintensiven, qualifizierten „white collar“-Berufsfeldern mit eigenverantwortlichen Aufgaben und den wenig interaktionsintensiven, häufig nur geringe Qualifikation voraussetzenden „blue collar“-Tätigkeiten, die aber ungleich schärfer dem internationalen Wettbewerbs- wie technologischen Rationalisierungsdruck ausgesetzt sind (Bürklin und Klein 1998: 99-101).

Konstitutiv für diesen Konflikt sind aber nicht nur unterschiedliche Berufserfahrungen und damit verbundene Interessenlagen, sondern auch unterschiedliche Werthaltungen. Personen in interaktionsintensiven, qualifizierten Berufsfeldern tendieren demnach zu liberalen bis libertären Werthaltungen, während bei in mechanische Arbeitsabläufe eingebundenen Personen häufiger rechts-autoritäre Werthaltungen und Einstellungsmuster anzutreffen sind (Arzheimer und Klein 1999). Unterschiedliche Markt- und Berufserfahrungen in Verbindung mit unterschiedlichen Werthaltungen können somit – ein entsprechendes Angebot am Parteienmarkt vorausgesetzt – in einer Abkehr der blue collar workers von der traditionellen linken Arbeiterpartei und zur

Zuwendung zu einer ihre Lebens- und Berufserfahrungen subjektiv besser artikulierenden rechtspopulistischen Partei führen.

Die sozialen Kosten der rasanten ökonomischen und technologischen Modernisierung, der Eindruck, zu einer gesellschaftlichen Verlierergruppe zu zählen, der Aufstiegs- und Karrierechancen ebenso verwehrt werden wie öffentliche Wertschätzung und Anerkennung ihrer Tätigkeit, verdichten innerhalb der Arbeiterschaft latente Protesthaltungen wie diffuse soziale Abstiegs- und Marginalisierungsängste. Beide werden von der rechtspopulistischen FPÖ gezielt aktiviert und verstärkt und durch Verweise auf strukturelle Mißstände (Privilegien, Elitenkritik, anti-institutionelle Affekte) wie das gezielte Ansprechen latenter ausländerfeindlicher Ressentiments gebündelt (Plasser, Ulram und Seeber 1996: 182f.). Dazu kommt noch, daß vor allem jüngere, männliche Arbeiter ihren persönlichen life style in das Image und Erscheinungsbild des FPÖ-Führers projizieren, der die Zeichen- und Symbolwelt dieser Subkultur schärfer und entschlossener zu deuten versteht als die traditionalistischen Arbeiter- und Gewerkschaftsvertreter innerhalb der SPÖ. Voraussetzung für den Aufstieg der rechtspopulistischen FPÖ zur neuen Arbeiterpartei sind aber konkrete Markt- und Berufserfahrungen und ein an Härte und Schärfe gewonnener internationaler Wettbewerbsdruck, der große Teile der industriellen Arbeiterschaft ihrer traditionellen Interessenvertretung entfremdet hat. „Given the sectoral division between competitive and domestic sectors, blue collar voters, as a whole, should not longer be economically leftist in a pronounced way. At the same time, given the bulk of blue collar workers is involved in object- and document-processing, has comparatively little education, and is pre-dominantly male, this occupational group may express above the average disposition toward particularist and culturally parochial conceptions of citizenship and authoritarian decision making“ (Kitschelt 1995: 9).

Im Vergleich zur spektakulären Neuorientierung des Wahlverhaltens der österreichischen Arbeiterschaft fallen die Veränderungen im Wahlverhalten der Angehörigen von white collar-Berufen ungleich moderater aus. Bei Angestellten konnte die SPÖ ihren Stimmanteil im Zeitverlauf weitgehend stabilisieren. Wählten 1986 40 Prozent der Angestellten die SPÖ, waren es 1999 36 Prozent. Stärker fallen die Verluste der ÖVP bei den neuen, angestellten Mittelschichten aus. Wählten 1986 noch 36 Prozent der Angestellten die ÖVP, waren es 1999 nur mehr 23 Prozent. Vergleichsweise moderat stellt sich der FPÖ-Trend bei den Angestellten dar. Entschieden sich 1986 13 Prozent der Angestellten für die FPÖ, liegt ihr Anteil 1999 mit 23 Prozent um - 4 Prozentpunkte unter dem bundesweiten FPÖ-Ergebnis. Vergleichbare Zugewinne im Wählersegment der Angestellten können auch die postmaterialistischen Grünen wie das libertäre Liberale Forum verbuchen. 1999 wählten 10 Prozent der Angestellten die Grünen und 5 Prozent das Liberale Forum, wobei der gemeinsame Anteil dieser beiden Neue Politik-Parteien und 15 Prozent deutlich unter dem Ergebnis 1994 liegt, wo die beiden Parteien gemeinsam von 25 Prozent der Angestellten gewählt wurden.

Die sozialstatistische Unschärfe der Angestelltendefinition, die auch Beschäftigte einschließt, die de facto vorrangig manuelle, wenig qualifizierte, mechanische Tätigkeiten verrichten, erschwert wahlsoziologische Interpretationen. Differenziert man zwischen Angestellten in leitenden Positionen und Angestellten ohne betriebliche Leitungs- bzw. Führungsfunktion, zeigen sich interessante Unterschiede: So wählten 33 Prozent der leitenden Angestellten 1999 die SPÖ und 32 Prozent die ÖVP. Für die FPÖ entschieden sich 19 Prozent der leitenden Angestellten. Anders ist die wahlpolitische Wettbewerbssituation unter untergeordneten Angestellten: von dieser Gruppe wählten 38 Prozent die SPÖ, 23 Prozent die FPÖ und nur 19 Prozent die ÖVP. Grüne und Liberales Forum erhielten 11 bzw. 5 Prozent der Stimmen der Angestellten. Anders als bei den Arbeitern konnte die SPÖ ihren Repräsentationsvorsprung bei den Angestellten im Zeitverlauf aufrecht halten, während die wahlpolitische Attraktivität der ÖVP auf Angehörige der angestellten Mittelschicht deutlich schwächer geworden ist. Ungleich volatil stellt sich das Wahlverhalten der Beamten bzw. im öffentlichen Dienst Beschäftigten dar. Je nach budgetpolitischen Konjunkturen und kontroversen Reformvorhaben im Kontext

einer Nationalratswahl verteilen die im öffentlichen Sektor Beschäftigten ihre Stimmen auf SPÖ oder ÖVP. Die Anteile der FPÖ sind in diesem Wählersegment unter-, die der Grünen erwartungsgemäß überdurchschnittlich.

Das Wahlverhalten der Beamten und öffentlich Bediensteten berührt eine seit den achtziger Jahren auch das österreichische Wahlverhalten beeinflussende Spannungslinie: den Sozialstaats-Cleavage, wie Dunleavy und Husbands (1985) diesen neuen sektoralen gesellschaftspolitischen Cleavage bezeichneten. Im Kern behandelt dieses Cleavage-Modell das wahlpolitische Auseinanderdriften der Angehörigen des public bzw. private-Sektors bzw. das latente Konfliktpotential zwischen dem geschützten und dem ungeschützten Produktionssektor. Dunleavy und Husbands differenzieren in ihrem Modell zwischen drei neuen Spannungslinien in sozialstaatlichen Gesellschaften: 1. die aus unterschiedlichen Markt- und Berufserfahrungen resultierende Spannungslinie zwischen den Beschäftigten im öffentlichen und im privaten Sektor (production sector effect), 2. die Spannungslinie zwischen Wählern, die vorwiegend öffentliche Leistungen nutzen (z.B. Wohnen, Transport u.a.), und denjenigen Wählern, die vorrangig private Dienstleistungen zu Marktpreisen konsumieren (z.B. Eigenheim, privater PKW als Verkehrsmittel, Privatschule u.a.), die sie als Konsumenten-Sektor-Konflikt (consumer sector effect) bezeichnen, und 3. das latente Konflikt- und Spannungspotential zwischen Wählern, die vorrangig von staatlichen Einkommen bzw. sozialstaatlichen Transferzahlungen abhängen (z.B. Pensionen, sozialstaatliche Transfer- und Unterstützungszahlungen, Karenzgeldbezieher u.a.), und jenen Wählern, die vorrangig von privaten Einkommensquellen leben (z.B. Gehalt aus Privatwirtschaft, Kapitalerträge, Privatversicherungen u.a.). Die dritte Spannungslinie bezeichnen sie als sozialstaatlichen Dependenz-Effekt (state-dependence effect). Das Dunleavy und Husbands-Modell ist somit nicht nur ein differenzierter Erklärungsversuch für den Rückgang des klassengebundenen Wählens, sondern auch ein Ansatz, um die Neuorientierung im Wahlverhalten der im ungeschützten Sektor Tätigen nachvollziehen zu können.

Konturen eines neuen sektoralen Cleavage begannen sich in Österreich seit Mitte der achtziger Jahre abzuzeichnen und haben durch den Zusammenbruch des verstaatlichten Industriesektors, durch die Privatisierung im staatlichen Eigentum befindlicher Unternehmen bzw. die aus der EU-Mitgliedschaft Österreichs resultierende Entmonopolisierung staatlich geschützter Dienstleistungs- und Versorgungsunternehmen an Schärfe gewonnen. Davon wurden langfristig die SPÖ, aber insbesondere die ÖVP betroffen, die bei den in der Privatwirtschaft beschäftigten Wählerinnen und Wählern bereits 1994 von der FPÖ überholt wurde. Seit 1994 ist die FPÖ unter den Wählern des privaten Sektors die zweitstärkste Partei. Trennten SPÖ und FPÖ bei den in der Privatwirtschaft Beschäftigten 1986 noch 19 Prozentpunkte, beträgt der SPÖ-Vorsprung vor der FPÖ 1999 nur mehr 5 Prozentpunkte. Unverkennbar aktiviert die FPÖ konsequent das im Cleavage public versus private angelegte Spannungs- und Konfliktpotential. Seit 1986 haben SPÖ und ÖVP bei Beschäftigten in der Privatwirtschaft überdurchschnittlich verloren – die FPÖ hat dagegen gerade im private sector überdurchschnittlich Stimmen gewonnen (Plasser, Ulram und Seeber 1996: 190-192).

Die Konfliktlinie public versus private hat sich in Österreich im Verlauf der neunziger Jahre vertieft und kristallisiert sich in überdurchschnittlichen Stimmenanteilen der FPÖ im privaten Sektor wie – umgekehrt – in tendenziell überdurchschnittlichen Stimmenanteilen der Grünen und des Liberalen Forums bei Wählerinnen und Wählern, die im öffentlichen Sektor (insbesondere in öffentlichen Dienstleistungs-, Bildungs- und Verwaltungsbereichen) beschäftigt sind. Berufs- und sektorspezifische Trends im österreichischen Wahlverhalten sind mit den traditionellen mikrosoziologischen Erklärungsansätzen nur mehr eingeschränkt interpretierbar. Neue Cleavage-Theorien wie das „radikale Modell“ von Dunleavy und Husbands (1985) oder das Modell der sozialen Lagen von Kitschelt (1994; 1995) bieten realitätsnahe Perspektiven, um das class dealignment im österreichischen Wahlverhalten erklären zu können. „In short, the radical model sees voters as a reflection of the political system's ideological interpretation of social division. It is this emphasis on the impact of media and party debate which makes the

radical model distinctive within the category of sociological approaches to voting“ (Harrop und Miller 1992: 159).

6. Geschlechts- und generationsspezifische Neuformierung des Wahlverhaltens

Seit den achtziger Jahren kann im österreichischen Wahlverhalten eine geschlechtsspezifische Differenzierung beobachtet werden. Im Verlauf der neunziger Jahre ist diese „Geschlechter-Kluft“ (gender gap) breiter geworden (Hofinger und Ogris 1996). Ende der neunziger Jahre ist es keine Übertreibung mehr, in Österreich von zwei geschlechtsspezifischen Parteiensystemen zu sprechen. In der Mehrzahl der westeuropäischen Parteiensysteme hat seit den siebziger Jahren eine bemerkenswerte geschlechtsspezifische Differenzierung des Wahlverhaltens stattgefunden, die sich in drei Phasen vollzogen hat (Norris 1999). 1. die Phase des traditionellen Wahlverhaltens, das durch eine deutliche Tendenz von Frauen, konfessionelle bzw. konservativen Werten verpflichtete Parteien zu wählen, gekennzeichnet war. 2. die Phase der fortschreitenden Konvergenz bzw. Angleichung des Wahlverhaltens von Männern und Frauen, die etwa in Österreich dazu führte, daß die SPÖ bei weiblichen Wählern deutlich an wahlpolitischer Attraktivität gewinnen konnte. 3. die Phase einer geschlechtsspezifischen Neuorientierung (gender realignment), die sich in einer ausgeprägten Tendenz vor allem jüngerer, qualifizierter und selbstbewußter Frauen zu postmaterialistischen bzw. libertären Parteiformationen manifestiert.

Zugespitzt wird die „Geschlechter-Kluft“ aber auch durch die ausgeprägte Distanz von Frauen zu neuformierten rechtspopulistischen Protestparteien, deren polarisierende Themen wie deren konfliktorientiertes und auf negative Emotionalisierung abzielendes Affekt-Management vor allem bei jüngeren Frauen auf Ablehnung stoßen. Hinter der Ausweitung des gender gap im Wahlverhalten stehen zum einen die erhöhten Bildungs- und Qualifikationschancen für jüngere Frauengenerationen wie ein aktives und selbstbewußteres Rollenverständnis an gleichberechtigter Partnerschaft und beruflicher Gleichstellung orientierter jüngerer Frauengenerationen, zum anderen spezifische Issue-Präferenzen und generelle Werthaltungen, die humanitären und liberalen Entfaltungswerten wie ökologischer und sozialer Rücksichtnahme einen besonderen Stellenwert zuweisen. Dies aber auch vor dem Hintergrund eines „Politisierungsschubes“ jüngerer Frauen, der am Anstieg des politischen Interesses, erhöhter Involvierung wie eines aktiven staatsbürgerlichen Selbstbewußtseins (political efficacy) ebenso abzulesen ist wie an einem – im Vergleich zu jüngeren Männern – deutlich höheren politischen Informationsniveau.

Die in den siebziger Jahren stattgefundenene Angleichung des Wahlverhaltens von Männern und Frauen (Hofinger und Ogris 1996) führte noch Anfang der achtziger Jahre zu geringen geschlechtsspezifischen Abweichungen im österreichischen Wahlverhalten. Berechnet man den gender gap als Summe der prozentuellen Differenz der Stimmenanteile der Parlamentsparteien bei Männern und Frauen, lag 1979 die Prozentpunktdifferenz bei nur 2 Punkten. 1983 erhöhte sich die Gender-Differenz auf 5 Punkte. Erst mit der Nationalratswahl 1986 und einer in der Wahlarena strategisch und stilistisch neuformierten rechtspopulistischen FPÖ begann sich die „Geschlechter-Kluft“ zu vertiefen. Mit einer Gender-Differenz von 24 Punkten markiert die Nationalratswahl 1994 den bisherigen Höhepunkt geschlechtsspezifischer Unterschiede im Wahlverhalten, wobei die Gender-Differenzen auch bei den nachfolgenden Wahlen von 1995 und 1999 mit einem Wert von 21 Punkten im westeuropäischen Vergleich auf markante Unterschiede im Wahlverhalten von Frauen und Männern verweisen.

Im Verlauf der neunziger Jahre hat sich aber nicht nur die „Geschlechter-Kluft“ vertieft, sondern haben sich auch tiefreichende Veränderungen bei den geschlechtsspezifischen Parteimehrheiten ergeben. Seit 1994 ist die FPÖ unter männlichen Wählern die zweitstärkste Partei und seit 1999 – wenn auch innerhalb der Schwankungsbreite – mit 32 Prozent die stärkste Partei unter Männern. Trotz erheblicher Stimmengewinne und eines kontinuierlichen wahlpolitischen Aufwärtstrends liegt die FPÖ aber bei Frauen mit 21 Prozent nach wie vor

hinter SPÖ (35 Prozent) und ÖVP (27 Prozent) an dritter Stelle. Anders stellt sich die geschlechtsspezifische Attraktivität der Grünen bzw. des Liberalen Forums dar. Beide postmaterialistischen bzw. libertären Parteien schneiden bei Frauen deutlich besser ab als bei Männern, wobei insbesondere die Grünen 1999 ungleich mehr weibliche Wähler ansprechen konnten als männliche Wähler.

Tabelle 4: Geschlechtsspezifisches Wahlverhalten (1986-1999)

In Prozent		SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	LIF
1986	Männer	42	38	13	4	-
	Frauen	43	43	7	5	-
1990	Männer	39	29	20	4	-
	Frauen	44	33	12	5	-
1994	Männer	34	25	29	6	5
	Frauen	36	30	18	9	6
1995	Männer	35	26	27	4	5
	Frauen	40	29	16	5	6
1999	Männer	31	25	32	5	3
	Frauen	35	27	21	9	4

Quelle: FESSEL-GfK, Exit Polls (1986–1999).

Hinter den geschlechtsspezifischen Unterschieden im Wahlverhalten verbergen sich aber komplexe Muster, die mit Faktoren wie Alter und dem Bildungs- und Berufsstatus korrelieren. Einem hochkonzentrierten Duopol der beiden Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP unter weiblichen Pensionisten steht ein aufgefächertes Mehrparteiensystem bei jüngeren Frauen mit Matura bzw. Hochschulabschluß gegenüber, in dem nicht einmal mehr Konturen einer „dominanten“ Partei auszumachen sind. Bemerkenswert ist das Wahlverhalten unter 30-jähriger Frauen, bei denen die FPÖ mit einem Anteil von 30 Prozent zur stärksten Partei geworden ist. Rund ein Viertel der jüngeren Frauen hat aber auch entweder den Grünen bzw. dem Liberalen Forum ihre Stimme gegeben. Die ÖVP liegt mit einem Anteil von nur mehr 15 Prozent bei jüngeren Frauen hinter den Grünen am vierten Platz.

Die „Geschlechter-Kluft“ in Österreich gleicht bei differenzierter Betrachtung eher einem verzweigten Canyon. Ausgeprägten wahlpolitischen Attraktivitätsdefiziten der ÖVP – vor allem bei jüngeren, qualifizierteren Frauen – stehen spiegelverkehrt überdurchschnittliche Anteile postmaterialistischer bzw. libertärer Parteien gegenüber. Überdurchschnittlichen SPÖ-Anteilen bei weiblichen Pensionisten, die mittlerweile 13 Prozent der SPÖ-Wählerschaft repräsentieren, stehen überdurchschnittliche Anteile der FPÖ bei unter 30-jährigen Frauen und jüngeren Arbeiterinnen gegenüber, die mittlerweile 11 Prozent der gesamten FPÖ-Wählerschaft ausmachen. Jüngere Frauen stellen aber mittlerweile auch 25 Prozent der Wählerschaft der Grünen bzw. des Liberalen Forums. Die Ausdifferenzierung im Wahlverhalten der jüngeren, weiblichen Wählergenerationen wird in der internationalen Wahlforschung mit dem Terminus „gender realignment“ bezeichnet und lenkt des Blick auf Indikatoren für eine Neuorientierung des Wahlverhaltens jüngerer Frauen.

Erste Evidenzen für eine geschlechtsspezifische Neuorientierung bieten langfristige Veränderungen der Trends im Wahlverhalten berufstätiger Frauen. Zwischen 1986 und 1999 sind die Anteile von SPÖ und ÖVP um –14 bzw. –11 Prozentpunkte zurückgegangen. Konnten SPÖ und ÖVP 1986 gemeinsam noch 83 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, beträgt der gemeinsame Stimmenanteil von SPÖ und ÖVP 1999 nur mehr 58 Prozent. Wählten 1986 nur 7 Prozent der berufstätigen Frauen die FPÖ, waren es 1999 bereits 22 Prozent. Postmaterialistische bzw. libertäre Parteien waren 1994 unter berufstätigen Frauen mit einem gemeinsamen Stimmenanteil von 21 Prozent am erfolgreichsten. 1999 entschieden sich 12 bzw. 5 Prozent für die Grünen bzw. das Liberale Forum.

Aufschlußreiche Hinweise auf eine geschlechts- und generationsspezifische Neuorientierung (gender-generation realignment) bietet das Wahlverhalten jüngerer Frauen und Männer. Die Gender-Differenz beträgt hier 29 Punkte und verweist auf die Tiefe der „Geschlechter-Kluft“ in dieser Gruppe von Wählerinnen und Wählern. Bemerkenswert sind aber weiters auffallende geschlechtsspezifische Akzente im Wahlverhalten, die sich in dieser Schärfe bei keiner anderen Wählergruppe nachweisen lassen.

Nur mehr 42 Prozent der jüngeren Frauen haben 1999 SPÖ oder ÖVP gewählt. 1986 waren es noch 76 Prozent. Mit einem Anteil von 31 Prozent ist die FPÖ nicht nur zur stärksten Partei unter jüngeren weiblichen Wählern geworden, sondern hat auch gegenüber 1995 11 Prozentpunkte dazugewonnen. 20 Prozent der jüngeren Frauen wählten die Grünen, die damit bei dieser Wählerinnengruppe ihren höchsten Stimmenanteil erzielen konnten. Rechnet man die Prozentanteile für das Liberale Forum hinzu, haben 26 Prozent der jüngeren Frauen eine postmaterialistische bzw. libertäre Partei gewählt. Beim „gender-generation realignment“ (Norris 1999) im Wahlverhalten der jüngeren Frauen handelt es sich offensichtlich um eine zweidirektionale Neuorientierung: zum einen in Richtung FPÖ, zum anderen in Richtung postmaterialistischer bzw. libertärer Parteiformationen, die beide mittlerweile zu kompetitiven Wettbewerbspolen geworden sind, während die beiden Traditionsparteien SPÖ, aber noch deutlicher die ÖVP für jüngere Frauen weitgehend an wahlpolitischer Attraktivität verloren haben.

Ein „gender-generation realignment“ zeichnet sich aber auch im Wahlverhalten der jüngeren Männer ab, nur handelt es sich dabei um eine eindirektionale Neuorientierung in Richtung FPÖ. Mit einem Anteil von 41 Prozent ist die FPÖ die mit Abstand stärkste Partei im Segment jüngerer, männlicher Wähler. Nur 8 Prozent der jüngeren Wähler entscheiden sich für die Grünen, nur 3 Prozent für das Liberale Forum. Die Gender-Differenz der Grünen ist mit 12 Punkten ausgeprägter als die geschlechtsspezifische Anteilsdifferenz der FPÖ (10 Punkte). Wie bei jüngeren Frauen entfallen nur mehr 44 Prozent der Stimmen jüngerer Männer auf die beiden Regierungs- bzw. Koalitionsparteien. 1986 konnten SPÖ und ÖVP noch gemeinsam 75 Prozent der jüngeren Wählerstimmen an sich ziehen. Die Trends im Wahlverhalten der jüngeren Wählergeneration verdeutlichen die anhaltende Schärfe einer generativen Neuformierung des österreichischen Wahlverhaltens zu Lasten der beiden Traditionsparteien SPÖ und ÖVP (Plasser und Ulram 1999). Ist die FPÖ unter jüngeren Männern zum kompetitiven Herausforderer für SPÖ und ÖVP geworden, die gemeinsam nur mehr über einen Vorsprung von 3 Prozentpunkten verfügen, haben bei jüngeren Frauen FPÖ, aber gleichermaßen auch die Grünen bzw. das Liberale Forum die beiden Regierungsparteien in die wahlpolitische Defensive gedrängt. Nur mehr 41 Prozent der jüngeren Frauen wählten 1999 SPÖ oder ÖVP. Die kontinuierlich abnehmende Attraktivität der beiden Traditionsparteien SPÖ und ÖVP für Angehörige der jüngeren, nachrückenden Wählergenerationen wird auch durch den Trend im Wahlverhalten der Erstwählerinnen und Erstwähler eindrucksvoll bestätigt. Konnten SPÖ und ÖVP bei der Nationalratswahl 1979 noch 97 Prozent der Erstwählerstimmen auf sich vereinen, waren es zwanzig Jahre später nur mehr 42 Prozent. Umgekehrt konnte die FPÖ ihren Stimmenanteil bei Erstwählern von 3 Prozent im Jahr 1979 auf 38 Prozent bei der Nationalratswahl 1999 erhöhen.

Eine empirische Zwischenbilanz der Trends und Muster im österreichischen Wahlverhalten Ende der neunziger Jahre definiert die zentralen Determinanten der wahlpolitischen Wettbewerbs:

1. ein gender-generation realignment, dh. eine tiefreichende Neuorientierung im Wahlverhalten der jüngeren Wählergeneration bei dem Geschlecht in Verbindung mit Alter und Bildung zu neuen Wählerkoalitionen geführt haben;
2. ein realignment des Wahlverhaltens der österreichischen Arbeiterschaft, das in dieser Tiefe im westeuropäischen Vergleich beispiellos ist;

3. das Entstehen neuer sektoraler Konflikt- und Spannungslinien, wobei für das österreichische Wahlverhalten vor allem die Spannungslinie public versus private von besonderer Relevanz ist;
4. eine Werte-Polarisierung bzw. ein neuer value cleavage zwischen einer Neuen Rechten mit autoritären Akzenten und einer Neuen Linken mit vorrangig postmaterialistisch-libertären Orientierungen;
5. das anhaltende Muster des negative voting, dh. eines primär von diffusen Protesthaltungen und generalisierter Unzufriedenheit motivierten Wahlverhaltens, das sich für das rechtspopulistische Affekt-Management der FPÖ besonders empfänglich zeigt;
6. Anzeichen für eine konfrontative Issue-Polarisierung, wie sie im Themenfeld Immigration und Integration versus Exklusion und ausländerfeindlichen Ressentiments sichtbar wurde;
7. eine – wenn auch im internationalen Vergleich moderate – De-Mobilisierung, wie sie an den sinkenden Wahlbeteiligungsraten abzulesen ist; und schließlich
8. der vermutliche Einfluß massenmedial induzierter Stimmungslagen auf eine im Umbruch befindliche Wähler- und Parteienlandschaft.

Analysiert man die Entwicklung der Beweggründe (reasons)⁶ der österreichischen Wähler in längerfristiger Perspektive, so zeigt sich, daß – abseits von Wahlkampf-bedingten Schwankungen – traditionelle Identifikationsansätze zunehmend an Gewicht verlieren und faktisch nur für die Stammwählerschaft von SPÖ und ÖVP von größerer Relevanz sind. Bei den Nationalratswahlen 1986 und 1990 begründeten noch etwa vier von zehn Wählern und Wählerinnen ihr Stimmverhalten mit traditionellen Bindungen, ideologischen Bezügen oder gruppenspezifischer Interessenvertretung. Für die folgenden Wahlen gilt dies nur mehr von drei von zehn – mit abnehmender Tendenz. Was von den neuen Motivlagen im Einzelfall von größerer Bedeutung ist, die Position der Parteien hinsichtlich inhaltlicher Streitfragen, das personelle Angebot, das generelle Erscheinungsbild der politischen Akteure, die Mobilisierung von Unzufriedenheit oder die Perzeption der Stabilität oder Labilität einer bestimmtem Regierungskonstellation, hängt dabei wesentlich von der spezifischen Konstellation des jeweiligen Wahlganges ab. In Summe werden somit Kandidaten- und Parteiimages, Issues, (vorwiegend negative) Stimmungslagen (moods) und die Entscheidung zwischen Konstanz und Wandel immer wichtiger – was einerseits die strategischen Optionen der Parteien erhöht, andererseits aber auch das Risiko. Gerade vor dem Hintergrund massenmedialer Politikvermittlung ist der Einfluß der Parteiliten und ihres Wahlkampfmanagements auf die Definition dessen, „worum es bei den Wahlen geht“, eine denkbar begrenzte: nicht nur die Wahlen von 1994 mit ihren Schwerpunkten auf Negativthemen und Kandidatenpersönlichkeiten, sondern auch die Wahlen von 1999 mit der Dominanz symbolischer Politik haben dafür Anschauungsmaterial geliefert. In dem Maß, in dem traditionelle Determinanten des österreichischen Wahlverhaltens an Relevanz verloren haben, gewinnen kurzfristige Einflußfaktoren an Bedeutung. Aktuelle Streitfragen (issues) und fluktuierende massenmedial induzierte Stimmungslagen beeinflussen das Wahlverhalten parteiungebundener, wechselbereiter Wählerinnen und Wähler ebenso wie neue gesellschaftspolitische Spannungslinien und die Neuformierung des parlamentarischen Kräfteverhältnisses zwischen Regierungsparteien (FPÖ + ÖVP) und Oppositionsparteien (SPÖ + Grüne) die Neustrukturierung des österreichischen Wahlverhaltens vorantreiben.

Daten aus Repräsentativumfragen in den Monaten nach der Nationalratswahl 1999 wie erste demoskopische Trenddaten nach dem Regierungs- und Koalitionswechsel im Februar 2000 signalisieren eine ausgeprägte Volatilität der österreichischen Wählerlandschaft wie eine sich abzeichnende Neuorientierung der Wählerinnen und Wähler als Reaktion auf die polarisierte Blockbildung im Parteienwettbewerb, die gegenwärtig die Position der jeweils führenden Partei eines Blockes – der ÖVP als Kanzlerpartei des Mitte-Rechts-Blocks und der SPÖ als führende Oppositionskraft im Mitte-Links-Block – zu begünstigen scheint. Während die Grünen seit der

⁶ Für die längerfristige Analyse wird dabei auf die spontan geäußerten Wahlmotive der Exit Polls zurückgegriffen, da die gestützten Begründungen (also unter Verwendung von Antwortvorgaben) nicht nur von der Anzahl her begrenzt sind, sondern auch einen Direktvergleich aller Beweggründe bei den einzelnen Wahlen nicht zulassen.

Nationalratswahl 1999 eine demoskopische Konjunktur verzeichnen können, hat sich die Position der FPÖ seit ihrer Regierungsbeteiligung deutlich abgeschwächt.

Tabelle 5: Parteienstärken vor und nach der Nationalratswahl 1999

hochgeschätzte Wähleranteile in Prozent	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	LIF
Anfang August 1999	36	26	24	7	4
	35	24	28	7	3
Mitte September 1999					
	34	26	27	7	3
Ende September 1999					
	33,2	26,9	26,9	7,4	3,7
3. Oktober 1999					
	32	27	26	11	3
Ende November 1999					
	29	21	34	13	2
Mitte Jänner 2000					
	32	23	27	15	2
Anfang Februar 2000					
	32	26	24	15	2
Mitte März 2000					
	32	28	23	13	2
Anfang April 2000					
	32	29	21	13	3
Anfang Mai 2000					

Quelle: Fessel-GfK, bundesweite Repräsentativumfragen (ca. 19.000 persönliche Interviews und ca. 15.000 Telefoninterviews). Erhebungszeitraum: August 1999 – Mai 2000.

7. Szenarien des Parteienwettbewerbs

Das österreichische Wählerverhalten der letzten eineinhalb Jahrzehnte war zum einen durch einen Anstieg an Mobilität, zum anderen durch ein relativ hohes Ausmaß an negative voting gekennzeichnet (Plasser, Ulram und Sommer 2000; Plasser, Seeber und Ulram 2000). Beide Tendenzen kamen im Regelfall den Oppositionsparteien der Rechten wie der Linken zugute, Ausdruck sowohl einer Auseinanderentwicklung politisch-kultureller Orientierungen großer Bevölkerungskreise und der (jedenfalls perzeptierten) Verhaltensmuster der traditionellen politischen Akteure als auch einer Reaktion auf eine überdimensionierte Regierungskoalition scheinbar ohne die Perspektive eines politischen Wechsels. Die Bildung der ÖVP-FPÖ-Koalition im Februar 2000 hat neuerlich zu starken (in regelmäßigen Parteipräferenzmessungen erfaßten) Wählerbewegungen sowie zu einem politischen Mobilisierungsschub gerade im linken und grünalternativen Segment der Wählerschaft geführt. Zugleich hat das Ende der „großen“ SPÖ-ÖVP-Koalition tradierte politische Rollenbilder und Parteiimages beträchtlich erschüttert und die Eckpunkte der Parteienkonkurrenz neu definiert (Müller i.d.B.; Pelinka, Plasser und Meixner i.d.B.). Für die Zukunft des österreichischen Parteienwettbewerbs erscheinen dabei mehrere Konstellationen denkbar und plausibel, die diesen längerfristig neu strukturieren dürften:

1. Bipolare Konstellationen mit zwei konkurrierenden Blöcken oder „französisches Format“: Hier wird die politische Wettbewerbssituation primär durch zwei Pole bzw. Parteienblöcke – SPÖ und ÖVP auf der einen Seite, FPÖ und Grüne auf der anderen – strukturiert. Der Wettbewerb verläuft somit in erster Linie zwischen den beiden Parteiblöcken, die jeweils um die Regierungsmehrheit im Sinne einer „minimal winning coalition“ konkurrieren. Voraussetzung für dieses Szenario ist zum einen die Transformation der FPÖ zu einer „normalen“ (konkret:

nationalkonservativen oder rechtsliberalen) Partei, zum anderen die grundsätzliche Anerkennung aller Blockparteien als legitime Regierungsparteien durch alle maßgeblichen Mitbewerber. Die damit verbundene weitgehende Aufgabe rechtspopulistischer Positionen durch die FPÖ würde vermutlich zum Entstehen von Splitterparteien am rechten Rand des Parteienspektrums führen, eine Tendenz, die sich ansatzweise schon bei den beiden bundesweiten Wahlgängen 1999 gezeigt hat. In zweiter Linie kommt es zu einer Konkurrenz innerhalb der beiden Blöcke – sei es um die dominante Position im Mitte-Rechts-Block (zwischen ÖVP und FPÖ), sei es um das Ausmaß der Kräfteverteilung im Mitte-Links-Block (zwischen SPÖ und Grünen). In dieser Konstellation gewinnt der Parteienwettbewerb deutlich an Dynamik, das politische System insgesamt an Stabilität, weil die Wettbewerbssituation klar strukturiert ist und die vergleichsweise hohe Wahrscheinlichkeit alternierender Regierungsmehrheiten einem längerfristigen Ausschluß der politischen Vertretung relevanter Wählergruppen aus der Regierung entgegenwirkt.

2. Tripolare Konstellation mit wechselnden Bündnissen der drei größeren Parteien: Hier existieren drei Pole (Parteien oder Parteigruppen) von vergleichbarer wahlpolitischer Größenordnung (idealtypisch: „Linke“, „Mitte“, „Rechte“), wobei Regierungsmehrheiten normalerweise eine Koalition von zwei oder drei Blöcken bzw. Parteien erfordern. Stabilität wie Dynamik sind in dieser Konstellation dann gegeben, wenn wechselnde Koalitionsbildungen auch realpolitische Optionen darstellen, d.h. es muß eine Koalitionsbildung zwischen ÖVP und FPÖ, SPÖ und FPÖ sowie SPÖ und ÖVP nicht nur mandatsmäßig, sondern auch faktisch möglich sein. Ist dies nicht der Fall, so droht eine Rückentwicklung zu einer bipolaren Konstellation, wobei tripolare Konstellationen generell eine Tendenz zu höherer Instabilität aufweisen (Sartori 1982: 56ff.)

3. Bipolare Konstellationen mit einem dominanten Regierungsblock und einem Oppositionsblock: In dieser Variante erfolgt keine Transformation der FPÖ, sei es aus parteitaktischen Überlegungen, sei es durch eine rasche Verdrängung aus der Regierungsverantwortung. Unter österreichischen Verhältnissen würde der Regierungspol vermutlich von der Sozialdemokratie dominiert, flankiert von kleinen Parteien auf der linken wie auf der rechten Mitte (redimensionierte ÖVP bzw. ÖVP-Abspaltungen oder Nachfolgeparteien). Der Oppositionsblock wird von einer rechtspopulistischen FPÖ geführt, ebenfalls flankiert von kleinen Parteien des rechten Zentrums. Die Dynamik des Parteienwettbewerbs ist hier stark eingeschränkt, weil Veränderungen fast ausschließlich durch kleine Kräfteverschiebungen im dominanten Regierungsblock zustande kommen und politische Innovationen durch den Charakter des Regierungsblocks als „Abwehrkoalition“ eher gehemmt werden. Wie das italienische Beispiel bis in die neunziger Jahre (dort mit der ehemaligen DC als zentraler Kraft des Regierungsblocks) gezeigt hat, kann eine solche Konstellation von längerer Dauer sein, würde aber durch den langfristigen Ausschluß der Vertretung eines beträchtlichen Teils der Wählerschaft aus dem Kreis „legitimer“ Regierungsanwärter zu vermehrten politischen Friktionen und unter Umständen zu einer Radikalisierungstendenz bei der „Opposition ohne Regierungsperspektive“ führen.

In gesamtssystemischer Perspektive würde am ehesten das erste Szenario das vergleichsweise höchste Ausmaß an längerfristiger Dynamik wie Stabilität gewährleisten und eine „(West-)Europäisierung“ des österreichischen Parteiensystems und seiner Konkurrenzstruktur bedeuten. Welches Szenario schlußendlich realisiert wird, hängt aber sowohl von den strategischen Entscheidungen der Parteieliten in den drei (derzeit) größeren Parteien ab wie von der Reaktion der Wählerschaft auf die Positionierung und Performance der politischen Akteure.

Literatur

- Andreß, H.-J., J. A. Hageaars und St. Kühnel (1997). Analyse von Tabellen und kategorialen Daten. Log-lineare Modelle, latente Klassenanalyse, logistische Regression und GSK-Ansatz, Berlin
- Arzheimer, Karl und Markus Klein (1999). Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich, in: Fritz Plasser, Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter und Peter A. Ulram (Hg.). Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich, Frankfurt/Berlin, 31-63
- Betz, Hans-Georg (1994). Radical Right Wing Populism in Western Europe, London
- Betz, Hans-Georg und Stefan Immerfall (eds.) (1998). The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies, London
- Broughton, David und Mark Donovan (eds.) (1999). Changing Party Systems in Western Europe, London and New York
- Bürklin, Wilhelm und Markus Klein (1998). Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung, 2. Auflage, Opladen
- Dalton, Russell J. (1998). Parties Without Partisans: The Decline of Party Identifications Among Democratic Publics, Research Paper for the „Unthinkable Democracy“. Project University of California, Irvine
- Dunleavy, P. und C. Husbands (1985). British Democracy on the Crossroads, London
- Evans, Geoffrey (ed.) (1999). The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Perspective, New York
- Flanagan, Scott C. (1987). Value Change in Industrial Societies, American Political Science Review 81 (4), 1303-1319
- Gluchowski, Peter und Fritz Plasser (1999). Zerfall affektiver Parteibindungen in Deutschland und Österreich, in: Fritz Plasser, Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter und Peter A. Ulram (Hg.). Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich, Frankfurt/Berlin, 3-29
- Harrop, Martin und William L. Miller (1992). Elections and Voters, Second Edition, London
- Hastie, T. und R. Tibshirani (1990). Generalized Additive Models, London
- Hoffman, Donna L. und George R. Franke (1996). Correspondence Analysis: Graphical Representation of Categorical Data in Marketing Research, Journal of Marketing Research 23 (august), 213-227
- Hofinger, Christoph und Günther Ogris (1996). Achtung Gender Gap! Geschlecht und Wahlverhalten 1979 - 1995, in: Fritz Plasser, Peter A. Ulram und Günther Ogris (Hg.). Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995, Wien, 211-232
- Inglehart, Ronald (1997). Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies, Princeton NJ
- Jagodzinski, Wolfgang (1999). Der religiöse Cleavage in Deutschland und Österreich, in: Fritz Plasser, Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter und Peter A. Ulram (Hg.). Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich, Frankfurt/Berlin, 65-93
- Kienzl, Heinz (1964). Die Struktur der Wählerschaft, in: Karl Blecha, Rupert Gmoser und Heinz Kienzl (Hg.). Der durchleuchtete Wähler, Wien
- Kitschelt, Herbert (1994). The Transformation of European Social Democracy, New York
- Kitschelt, Herbert (1995). The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis, Ann Arbor
- Lewis-Beck, Michael S. (ed.) (2000). How France Votes, Chatham NJ
- Mair, Peter, Wolfgang C. Müller und Fritz Plasser (1999). Veränderungen in den Wählermärkten. Herausforderungen für die Parteien und deren Antworten, in: Peter Mair, Wolfgang C. Müller und Fritz Plasser (Hg.). Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa, Wien, 11-29
- Mair, Peter, Wolfgang C. Müller und Fritz Plasser (Hg.) (1999). Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa, Wien
- Müller, Wolfgang C., Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hg.) (1995a). Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994, Wien
- Müller, Wolfgang C., Fritz Plasser und Peter A. Ulram (1995b). Wähler und Mitglieder der ÖVP, 1945-1994, in: Robert Kriechbaumer und Franz Schausberger (Hg.) Volkspartei – Anspruch und Realität, Wien/Köln, 163-200

Müller, Wolfgang C., Fritz Plasser und Peter A. Ulram (1999). Schwäche als Vorteil. Stärke als Nachteil. Die Reaktion der Parteien auf den Rückgang der Wählerbindungen in Österreich, in: Peter Mair, Wolfgang C. Müller und Fritz Plasser (Hg.). Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa, Wien, 201-245

Myers, James H. (1992). Positioning Products/Services in Attitude Space, Marketing Research (march), 46-51

Myers, James H. (1996). Segmentation and Positioning for Strategic Marketing Decisions, Chicago

Norris, Pippa (1999). Gender: A Gender-Generation Gap?, in: Geoffrey Evans und Pippa Norris (eds.). Critical Elections. British Parties and Voters in Long-Term Perspective, Thousand Oaks, 148-163

Payne, C. (1999). Helping to Win the UK Elections With Statistical Models?, in: H. Friedl, A. Berghold und G. Kauerman (eds.). Statistical Modelling. Proceedings of the 14th International Workshop on Statistical Modelling, Graz, 316-323

Pennings, Paul und Jan-Erik Lane (eds.) (1998). Comparing Party System Change, London and New York

Plasser, Fritz (1987). Parteien unter Streß. Zur Dynamik der Parteiensysteme in Deutschland, Österreich und den Vereinigten Staaten, Wien

Plasser, Fritz und Gilg Seeber (1995). In Search of a Model: Multivariate Analysen der Exit-Polls 1986-1994, in: Wolfgang C. Müller, Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hg.). Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994, Wien, 435-453

Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (1993) (Hg.). Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich, Frankfurt/M.

Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (1995a). Konstanz und Wandel im österreichischen Wählerverhalten, in: Wolfgang C. Müller, Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hg.). Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994, Wien, 341-406

Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (1995b). Wandel der politischen Konfliktdynamik. Radikaler Rechtspopulismus in Österreich, in: Wolfgang C. Müller, Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hg.). Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analyse zur Nationalratswahl 1994, Wien, 471-503

Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (1996). Kampagnendynamik. Strategischer und thematischer Kontext der Wählerentscheidung, in: Fritz Plasser, Peter A. Ulram und Günther Ogris (Hg.). Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analyse zur Nationalratswahl 1995, Wien, 13-46

Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (1997). Veränderungen in den politisch-sozialen Spannungslinien in Österreich, in: Ernst Hanisch und Theo Faulhaber (Hg.). Mentalitäten und wirtschaftliches Handeln in Österreich, Wien, 201-233

Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (1999a). Voting Behaviour of Austrian Youth as Newcomers to the European Union, in: European Yearbook on Youth Policy and Research Volume 2

Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (1999b). Trends and Ruptures: Stability and Change in Austrian Voting Behavior, in: Günther Bischof, Anton Pelinka und Ferdinand Karlhofer (eds.). The Vranitzky Era in Austria. Contemporary Austrian Studies Volume 7, New Brunswick

Plasser, Fritz, Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter und Peter A. Ulram (Hg.) (1999). Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich, Frankfurt/Berlin

Plasser, Fritz, Gilg Seeber und Peter A. Ulram (1996). (Dis-)Kontinuitäten und neue Spannungslinien im Wählerverhalten. Trendanalysen 1986-1995, in: Fritz Plasser, Peter A. Ulram und Günther Ogris (Hg.). Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995, Wien, 155-209

Plasser, Fritz, Gilg Seeber und Peter A. Ulram (2000). Breaking the Mold: Politische Wettbewerbsräume und Wahlverhalten Ende der neunziger Jahre, in: Fritz Plasser, Peter A. Ulram und Franz Sommer (Hg.) Das österreichische Wahlverhalten, Wien 55-115

Plasser, Fritz, Peter A. Ulram und Alfred Grausgruber (1992). The Decline of „Lager Mentality“ and the New Model of Electoral Competition in Austria, in: Kurt Richard Luther und Wolfgang C. Müller (eds.). Politics in Austria: Still a Case of Consociationalism?, London, 16-44

Plasser, Fritz, Peter A. Ulram und Günther Ogris (Hg.) (1996). Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995, Wien

Fortsetzung Tabelle A1: Nationalratswahlen 1945–1999 (in absoluten Stimmen, Prozenten und Mandaten)

Jahr	Prozente						Mandate						
	Wahlb.	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	sonst	gesamt	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	GR Ö	LIF
1945	94,3	44,6	49,8	-	5,4	0,2	165	76	85	-	4		
1949	96,8	38,7	44,0	11,7	5,1	0,5	165	67	77	16	5		
1953	95,8	42,1	41,3	10,9	5,3	0,4	165	73	74	14	4		
1956	96,0	43,0	46,0	6,5	4,4	0,1	165	74	82	6	3		
1959	94,2	44,8	44,2	7,7	3,3	0,0	165	78	79	8	-		
1962	93,8	44,0	45,4	7,1	3,0	0,5	165	76	81	8	-		
1966	93,8	42,6	48,3	5,4	0,4	3,3	165	74	85	6	-		
1970	91,8	48,4	44,7	5,5	0,9	0,3	165	81	78	6	-		
1971	92,4	50,0	43,1	5,5	1,4	0,04	183	93	80	10	-		
1975	92,9	50,4	43,0	5,4	1,2	0,03	183	93	80	10	-		
1979	92,2	51,0	41,9	6,1	1,0	0,05	183	95	77	11	-		
1983	92,6	47,7	43,2	4,98	0,7	ALÖ 1,4 VGÖ 1,9 ÖP 0,1 AHB 0,1	183	90	81	12	-		
1986	90,5	43,1	41,3	9,7	0,7	GRÜNE 4,8 GAL 0,1 K.G. 0,02 MIR 0,2	183	80	77	18	-	8	
1990	86,1	42,8	32,1	16,6	0,6	GRALT 4,8 VGÖ 2,0 VDS 0,8 CW 0,2 WG 0,1 CDP 0,1 GF 0,1	183	80	60	33	-	10	
1994	81,9	34,9	27,7	22,5	0,3	GRÜNE 7,3 VGÖ 0,1 LIF 6,0 NEIN 0,9 BGÖ 0,1 ÖNP 0,1 CWG 0,2	183	65	52	42	-	13	11
1995	86,0	38,1	28,3	21,9	0,3	GRÜNE 4,8 ÖNP 0,03 LIF 5,5 NEIN 1,1 DBP 0,01 FRITZ 0,01	183	71	53	40	-	9	10
1999	80,4	33,2	26,9	26,9	0,5	GRÜNE 7,4 LIF 3,7 DU 1,0 NEIN 0,4 CW 0,1	183	65	52	52	-	14	-

Legende zu Tabelle A1

Kandidierende Parteien bei der Nationalratswahl 1999:

In allen 9 Bundesländern:

1. Sozialdemokratische Partei Österreichs - SPÖ
2. Österreichische Volkspartei - ÖVP
3. Freiheitliche Partei Österreichs - FPÖ
4. Liberales Forum - Heide Schmidt - LIF
5. Die Grünen - die grüne Alternative - GRÜNE (in Salzburg: Grüne Alternative Salzburg)
6. Kommunistische Partei Österreichs - KPÖ
7. Die Unabhängigen - Liste Lugner - DU

In 8 Bundesländern (ohne Burgenland)

Bürgerinitiative Neutrales Österreich - Nein zu NATO und EU - NEIN

Nur in Salzburg, Tirol und Vorarlberg:

Christliche Wählergemeinschaft - CWG

Tabelle A2: Europawahlen 1996 und 1999

	Wahl- berecht.	abgeg. Stimmen	Wahl- bet.	gültige Stimmen	SPÖ		ÖVP		FPÖ		LIF		GRÜNE		Sonstige		Sonstige		KPO		
					Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen
Burgenland																					
1996	213.250	164.116	77,0	158.010	60.190	38,1	52.361	33,1	34.398	21,8	3.926	2,5	4.816	3,1	N 937	0,6	For.	995	0,6	387	0,2
1999	214.798	143.508	66,8	138.244	57.504	41,6	47.201	34,1	24.381	17,6	1.801	1,3	5.619	4,1	CSA 1.275	0,9	-	-	-	463	0,3
Kärnten																					
1996	422.109	280.059	66,4	272.104	93.624	34,4	53.215	19,6	101.162	37,2	6.878	2,5	10.586	3,9	N 2.160	0,8	For.	3.541	1,3	938	0,3
1999	424.647	187.296	44,1	183.259	66.052	36,0	38.635	21,1	62.741	34,2	2.664	1,5	9.921	5,4	CSA 2.425	1,3	-	-	-	821	0,5
N.O.																					
1996	1.123.075	836.010	74,4	796.544	233.350	29,3	284.092	35,7	183.851	23,1	33.172	4,2	41.979	5,3	N 10.724	1,3	For.	5.749	0,7	3.627	0,5
1999	1.140.076	718.977	63,1	685.171	221.034	32,3	247.736	36,2	136.843	20,0	15.330	2,2	50.446	7,4	CSA 9.476	1,4	-	-	-	4.306	0,6
O.O.																					
1996	979.594	677.907	69,2	655.531	196.579	28,5	202.459	30,9	184.351	28,1	22.594	3,5	42.671	6,5	N 9.774	1,5	For.	4.701	0,7	2.402	0,4
1999	991.397	552.259	55,7	533.205	163.715	30,7	170.627	32,0	133.133	25,0	10.143	1,9	46.089	8,6	CSA 6.622	1,2	-	-	-	2.876	0,5
Salzburg																					
1996	350.805	228.025	65,0	220.881	54.752	24,8	65.644	29,7	69.106	31,3	9.710	4,4	16.778	7,6	N 2.384	1,1	For.	1.817	0,8	690	0,3
1999	356.558	150.411	42,2	146.852	40.461	27,6	48.236	32,9	35.152	23,9	3.698	2,5	15.657	10,7	CSA 2.966	2,0	-	-	-	682	0,5
Steiermark																					
1996	908.555	570.919	62,8	557.177	162.569	29,2	169.400	30,4	160.735	28,9	17.921	3,2	32.128	5,8	N 5.858	1,1	For.	5.336	1,0	3.230	0,6
1999	913.643	397.854	43,6	389.389	125.856	32,3	117.151	30,1	97.470	25,0	8.285	2,1	30.609	7,9	CSA 6.542	1,7	-	-	-	3.476	0,9
Tirol																					
1996	460.006	264.654	57,5	259.616	44.099	17,0	87.487	33,7	87.416	33,7	11.870	4,6	22.292	8,6	N 3.189	1,2	For.	2.289	0,9	974	0,4
1999	469.004	166.067	35,4	163.924	35.575	21,7	61.379	37,4	36.219	22,1	4.529	2,8	21.264	13,0	CSA 4.255	2,6	-	-	-	703	0,4
Vorarlberg																					
1996	224.887	132.048	58,7	130.727	18.138	13,9	47.305	36,2	43.321	33,1	6.399	4,9	11.669	8,9	N 2.789	2,1	For.	833	0,6	273	0,2
1999	229.559	101.242	44,1	100.295	19.824	19,8	35.889	35,8	28.390	28,3	2.880	2,9	11.352	11,3	CSA 1.637	1,6	-	-	-	323	0,3
Wien																					
1996	1.118.096	774.800	69,3	743.555	252.609	34,0	162.958	21,9	180.264	24,2	49.113	6,6	75.331	10,1	N 10.785	1,5	For.	7.360	1,0	5.135	0,7
1999	1.107.978	471.119	42,5	461.014	158.317	34,3	92.321	20,0	101.190	22,0	25.137	5,5	69.316	15,0	CSA 7.886	1,7	-	-	-	6.847	1,5
Österreich																					
1996	5.800.377	3.928.538	67,7	3.794.145	1.105.910	29,2	1.124.921	29,7	1.044.604	27,5	161.583	4,3	258.250	6,8	N 48.600	1,3	For.	32.621	0,9	17.656	0,5
1999	5.847.660	2.888.733	49,4	2.801.353	898.338	31,7	899.175	30,7	655.519	23,4	74.467	2,7	260.273	9,3	CSA 43.084	1,5	-	-	-	20.497	0,7

Legende zu Tabelle A2

Kandidierende Parteien:

Europawahl 1996:

Sozialdemokratische Partei Österreichs
 Österreichische Volkspartei
 Freiheitliche Partei Österreichs
 Liberales Forum - Heide Schmidt
 Die Grünen - Die Grüne Alternative
 Die Neutrale - Bürgerinitiative
 Forum Handicap
 Kommunistische Partei Österreichs

Europawahl 1999:

Sozialdemokratische Partei Österreichs
 Österreichische Volkspartei - Liste Ursula Stenzel
 Freiheitliche Partei Österreichs
 Liberales Forum
 Die Grünen - Die Grüne Alternative
 Christlich-Soziale Allianz - Liste Karl Habsburg
 Kommunistische Partei Österreichs